



Wochenschrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtke. Verlag Duna und Deutscher Osten E. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentlich einmal. Preis: Durch die Post vierteljährlich 1.50 M., Einzelnummer 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 4 gelappten Zeile 45 Pf.

Nr. 43.

Berlin, 27. Oktober 1934.

15. Jahrg.

Inhalt: S. 50: Ungarn sucht Anschluß. — S. 509: Das Rampensatzabkommen. — S. 507: Polen und die deutschen Pläne. — Zwangsverwaltung im Ostberlin. — S. 508: Politik und Polen in Danzig. — Polen und der Danziger Seilverkehr. — S. 509: Der deutsche Handel mit Zentral- und S. 510: Ostland-Blode. — S. 512: Was den Dänen in Polen. — S. 513: Einzigste Kandidatin. — S. 514: Hoffen für ungarisch. 400 Jahre Danzig-Gollesch. — S. 515: Die „Reichstrasse“ in Schlesien. — Hilfe für den Osten. — S. 516: Soviet-Literatur. — Rückert.

Ungarn sucht Anschluß.

In einem Leitartikel des „Ouvro“, der sich mit dem französisch-polnischen Verhältnis befaßt, war folgende Feststellung zu lesen: Frankreich werde auf die Dauer nicht dieselben Beziehungen zu Polen, wie sie bisher noch bestanden, schließen können, weil es ihm unmöglich sei, sich enger mit einem Staat zu verbünden, der „zu Westlich und in einem so geheimnisvollen Verhandlungsabkommen“ erhalten ist. Die polnische Regierung spreche sich mit dem kommentarlosen Wiedergabe dieser offenbar programmatisch gemeinten Äußerung des dem Quai d'Orsay nahelebenden Blattes begünstigt. Man weiß in Warschau, daß auch der neue französische Außenminister die schabodast gewordenen Brücken nach Polen nicht leichtfertig vollends abbrechen wird, man weiß auch, daß es in Frankreich noch Kreise gibt, die den russischen Kurs nur mit wachsendem Interesse verfolgen. Doch hat Polen noch die Überzeugung, die über die politischen Pläne des neuen Herrn im Pariser Außenamt vorliegen, ist ein französisches Entgegenkommen in der schwerwiegenden Streitfragen zu rechnen. Soviel hat sich mit Barthou, dem eifrigsten Förderer der russischen Freundschaft, und mit Herriot, dem alten Liebhaber der Volkswirtschaft, solidarisiert erklärt. Er denkt, den von seinem Vorgänger eingeschlagenen Weg nach Moskau nicht zu verlassen und es den Polen selbst zu überlassen, wie sie sich mit einem etwaigen französisch-russischen Bündnis dann abfinden wollen.

Oberst Beck sieht sich vor eine schwerere, aber schon lange vorausgesehene Aufgabe gestellt: Trotz des Zusammengehens zwischen Frankreich und Rußland und trotz des geheimnisvollen Verhandlungsabkommens mit Deutschland! Sowohl den Militärvertrag mit Paris wie das mühsam gefestigte Verhältnis zu Moskau zu erhalten. Den nationaldemokratischen Politikern ist angelehnt einer solchen Aufgabe anscheinend die Lust an der polnischen Selbständigkeit. Die Oberst Beck seinem Lande verschafft hat und an der auch sie allmählich anfangen Gefallen zu finden, wieder vorgegangen. Die in Paris wohl mit Absicht zur Schau getragene Kandidatur in der Frage der polnischen Bundesangelegenheit ist ihnen auf die Nerven gegangen. Und auch der Oberst im Bräutigam Polens ist wegen des Verfalls des Militärrücktrages mit Frankreich, dessen Befestigung von ihm niemals beabsichtigt war, einigermaßen in Sorge. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß für den Leiter der polnischen Politik bei der gegenwärtigen Umgruppierung der Mächte die Erhaltung eines guten Verhältnisses zur Sowjetunion wichtiger sein muß als das Bündnis mit Frankreich. Denn gegen Rußland, das mit seiner gigantischen Aufrüstung alles, was das Finanzkranken Polen auf militärischem Gebiete zu leisten vermag, in den Schotten stellt, würde im Ernstfälle — anders als gegen Deutschland — sicherlich keine französische Unterstützung bereit stehen.

Je weiter die französisch-russische Annäherung geht, um so mehr muß Polen darauf bedacht sein, sich anderweitig zu sichern. Es tut dies u. a. dadurch, daß es sich in den Staaten des ostmitteleuropäischen Raumes eine tragfähige Aktionsbasis zu schaffen versucht. Es hat auf diesem Wege schon mancherlei Rückschlüsse erlebt, oder gerade in letzter Zeit wieder etwas — fast gegen seinen Willen — an Boden gewonnen. Der Versuch des ungarischen Ministerpräsidenten in Warschau war zwar schon lange geplant. Daß er aber gerade im gegenwärtigen Augenblicke erfolgt ist, hat überall berechtigtes Aufsehen erregt. Willst du wäre es Polen lieber gewesen, wenn Gömbös seinen, an sich sehr

vollkommenen Besuch auf einen späteren Zeitpunkt verlegt hätte, da zu beschränkt war, daß unter den derzeitigen Umständen die Rede, die im Anschluß an das Attentat von Marzelle von Paris und Prag her gegen Ungarn getrieben wurde, auch auf den polnischen Volksgelehrten zurückfallen würde. Der Empfang, den die polnische Oppositionspresse dem ungarischen Ministerpräsidenten bereitet hat, ist nicht besonders lebenswürdig gemeint. Die Sucht vor einer Verärgerung Frankreichs veranlaßte sie, zu versichern, daß zu wissen der polnischen Politik und dem ungarischen Revisionismus keine Gemeinsamkeiten bestehen. Auch die polnische Regierungspresse hat es im allgemeinen vermieden, allzu deutlich an die politischen Angelegenheiten zu rühren, um Polen nicht in einen direkten Zusammenhang mit dem ungarischen Revisionismus zu bringen.

Für eine solche Zurückhaltung, wie sie von polnischer Seite geübt wurde, bestand für Ungarn kein Anlaß. Mit Absicht wurde dort die Rolle des Ministerpräsidenten als ein Ereignis von europäischer Bedeutung bezeichnet und nicht nur in den mannigfachen Variationen der tausendjährigen Freundschaft der beiden Nationen, sondern auch von den Gemeinsamkeiten in der gegenwärtigen Politik der beiden Staaten gesprochen. So wurde u. a. darauf verwiesen, daß Polen seinerzeit das Diktat von Trianon, durch das Ungarn zerhackt wurde, nicht mitunterzeichnet und erst kürzlich in seiner Antwort auf die Ostpaktvorschlüsse Barthous ausdrücklich eine Garantie der südlichen Grenze der Etscholdowolaken, an der Ungarn Revisionansprüche erhebt, abgelehnt habe. Die Lösung Polens aus der harten Bündnispolitik Frankreichs und die dadurch hervorgerufene Auflockerung der politischen Verhältnisse im östlichen Mitteleuropa wurde von der Budapest-Dresse als eine für Ungarn erfreuliche Entwicklung bezeichnet. Gömbös selbst ging in einem Artikel, den er vor seiner Abreise nach Warschau in der „Gazeta Polska“ hatte erscheinen lassen, so weit, von der „Schaffung einer neuen Konstruktion in Mitteleuropa“ zu sprechen, und vor der polnischen und ausländischen Presse in Warschau zitierte Gömbös mit einem klummen Hinweis auf die gegenwärtige Lage: „Die außerordentlich treffende Worte“ des polnischen „Publizisten Graf Wercel, der im Jahre 1849 gesagt hat, daß Polen wahrnehmlich nicht geteilt worden wäre, wenn es damals ein unabhängiges Ungarn gegeben hätte, und daß Ungarn nicht unterlegen wäre, wenn es in seiner Zeit ein mächtiges und freies Polen zur Seite gehabt hätte. Dem ungarischen Ministerpräsidenten mußte um so mehr daran liegen, Oberst Beck für die ungarischen Probleme zu interessieren, als die italienische Hilfe, auf die Ungarn sich früher stets zu berufen vermochte, von Woche zu Woche unzuverlässiger wird.

Es ist ihm jedoch nicht gelungen, den polnischen Außenminister zu einer eindeutigen und sichtbaren Entscheidung in den Fragen der ungarischen Politik zu bewegen. Der Leiter der polnischen Außenpolitik hat sich nicht aus seiner vorzitierten Zurückhaltung, die er sich wohl mit Rücksicht auf Frankreich auferlegt hatte, herauslocken lassen. In den amtlichen Mitteilungen über den Gömbös-Besuch ist von rein politischen Angelegenheiten überhaupt nicht die Rede; die Vereinbarungen, die in Warschau getroffen wurden, beziehen sich ausschließlich auf wirtschaftlich und kulturelle Probleme. Es ist jedoch merkwürdig, daß politische Fragen in den Besprechungen Gömbös' mit Kozłowski, Beck und

Dijufski überhaupt nicht zur Sprache gekommen sein sollen. Das Verhältnis zur Ethnographik ist für Ungarn eine viel zu dringliche Angelegenheit und der Gedanke, sich mit Ungarns unruhigen Polen und Magyaren liegt angelehnt das gemeinsamen Grenzgebiet zu Prag viel zu nahe, als daß man annehmen könnte, im Großherrschen Palais und im Beledere habe man sich zwei Tage lang nur mit den Möglichkeiten eines geleisteten Austausch wirtschaftlicher und kultureller Güter beschäftigt. Wenn sie auch nicht davon reden, so sind die Polen doch sicherlich gerne bereit, die Äußerungen, die Gömbös in Warschau vor der Presse getan hat, als richtig anzuerkennen, daß nämlich Polen als neuropäische Großmacht und unmittelbarer Nachbar des Karpatenbeckens betrachten sei, sei der wirtschaftlichen Wiederaufschwung dieses Gebietes Europas eine sehr wichtige Rolle zu spielen, und daß es ihm nicht gleichgültig sein könne, ob im Donatal wieder eine ausgeglichene Lage entsteht.

Mit weichen Plänen für eine „neue Konstruktion in Mitteleuropa“ Gömbös nach Warschau gekommen ist und inwiefern es ihm etwa geglückt ist, die polnische Regierung dafür zu gewinnen, ist nicht bekannt. Vielleicht läßt aber die Tatsache, daß der ungarische Regierungsoberst im Anschluß an seine Warschauer Reise nach Wien und von dort unmittelbar nach Rom fahren wollte, einige Rückschlüsse auf seine Absichten zu, — wie auch der plötzliche Bericht auf den Wiener Besuch Anhalt zu Vermutungen über den Inhalt der Warschauer politischen Unterhaltungen gibt. Die Linie Warschau — Budapest (ber-

lich unter Umständen eine nördliche Verlängerung nach Koedal und Riga und eine südliche nach Rom über Wien anjehen ließe) hat die Phantasie polnischer Politiker höchst wohl beschäftigt. Es gibt allerdings verschiedene Staaten, die gegen eine solche polnische Linie manchmal einwenden könnten. Vor allem hätte hier die Ethnographik ein Anlaß, sich zu bekümmern. Alle Abteilungen einer Zusammenarbeit zwischen Ungarn und Polen werden von Prag seit jeher mit dem größten Mißtrauen verfolgt. Es hätte nicht erst der durch das Marzeiller Attentat hervorgerufenen Erregung bedurft, um Beneß und seinen Kreis hinter dem Warschauer Wunsch des ungarischen Ministerpräsidenten die Vorbereitung eines Angriffes auf die Slowakei veranlassen zu lassen. Es ist kein Zufall, daß Beneß als erster bei dem neuen französischen Außenminister erschien, um sich dort als der geeignetste Mann für die Vertretung der französischen Politik zu empfehlen. Seine Bemühungen sind anscheinend nicht erfolglos geblieben. Beneß hat ebenfalls die Absicht gehabt, sich mehr als Barthou es getan hat, auf den alten und immer noch zuverläßlichen Träger Bundesgenossen zu stützen. Der für Frankreich in dem Maße an Bedeutung gewinnt, in dem Warschau und Budapest sich zu gemeinsamen Vorgehen miteinander verbinden. Für Polen ist das nicht eben erfreulich. Gerade weil man in Warschau befreit ist, sich selbst in der französischen Abhängigkeit zu befreien, wünscht man dort, daß sich auch die anderen, insbesondere die Polen benachbarten Staaten den Vormachtplänen des Quai d'Orsay widerersetzen. Dr. K.

Das Kompensationsabkommen.

Die Wendung des deutsch-polnischen Zollkrieges im März d. J. hatte keine unmittelbaren günstigen Folgen für den deutschen Warenverkehr nach Polen. Erreicht war vorerst lediglich die Aufhebung der spezifischen Zollkriegsmaßnahmen, vor allen der bevorzogene Deutschland gerüsteten polnischen Einfuhrverbote. Es trat mit der Beendigung des Zollkrieges jedoch noch keine Grundlage für den Wiederaufbau der Handelsbeziehungen geschaffen, aus dem Deutschland und Polen in etwa gleichem Maße Nutzen ziehen konnten. Auch nach dem Abbruch des Zollkrieges befand sich der deutsche Exporteur gegenüber den Exporteuren der Länder, die mit Polen Handelsverträge auf Grund der Meißelbegünstigung abgeschlossen haben, noch im Hintertreffen. Das Verhältnis des beiderseitigen Warenverkehrs verschob sich seit März d. J. weiter ungunstigen Deutschlands. Während die polnische Einfuhr nach Deutschland zunahm, hatte die deutsche Einfuhr nach Polen weiterhin unter dem bestehenden Bestimmungen des im vorigen Jahre in Kraft getretenen neuen polnischen Zolltarifs zu leiden, dessen sehr hohe Zollsätze auf Deutschland als Richtwertmaßstab Anwendung fanden. Diese noch fortbestehende Benachteiligung des deutschen Handelspartners ist erst durch das deutsch-polnische Kompensationsabkommen vom 11. Oktober, das bis zum 15. Oktober 1935 gelten soll, wenigstens in geringem Umfange beseitigt worden.

Die Verhandlungen, die in Warschau monatelang geführt wurden, nahmen ihrer Ausgange von den Verhandlungen, die im April und Mai dieses Jahres zwischen Vertretern der deutschen und der polnischen Landwirtschaft in Berlin und Warschau stattfanden. Damals wurde vor allem die Möglichkeit der Zulassung polnischer landwirtschaftlicher Produkte auf den deutschen Markt erörtert. Man ist gegenwärtig nicht ganz so weit gegangen, wie das im April und Mai vorgeschlagen war; die getroffenen Vereinbarung beschränkt sich nur auf polnische Getreide, Butter, Eier und Holz. War die Frage der Zulassung dieser Produkte somit im Prinzip bereits im Mai entschieden, so ging es gegenwärtig darum, die Bezahlung dieses zusätzlichen polnischen Exportes nach Deutschland sicherzustellen, eine Frage, die bei der bereiteten deutschen Devisenlage nicht anders als auf dem Wege der Kompensation zu lösen war. Die Polen haben sich lange gegen die Einfuhr geträut, daß Deutschland eine zusätzliche Einfuhr ihrer landwirtschaftlichen Produkte nur dann zulassen kann, wenn es durch eine erhöhte Einfuhr in die Lage versetzt wird, den vermehrten polnischen Export ohne eine Wertung ausgleichend zu bewältigen. In diesem Sinne sind die Verhandlungen endlich hat dann die Einfuhr festgesetzt und das Kompensationsabkommen konnte unterzeichnet werden. Als Gegenleistung für die erhöhte Einfuhr polnischer landwirtschaftlicher Produkte haben die Polen für eine Reihe von deutschen Ausfuhrwaren Zollermäßigungen und Kontingente zugestanden, die erstmalig auch solchen deutschen Waren den Weg nach Polen öffnen werden, die bisher die hohe polnische Zollbarriere nicht überfliegen konnten.

Nach dem Abkommen vom 11. Oktober wird die polnische Regierung auf eine Reihe deutscher Erzeugnisse (außer Bier) bei ihrer Einfuhr in das polnische Zollgebiet die jeweils im polnischen Zollgebiet geltenden gültigen Vertragszollsätze anzuwenden. An einer Anzahl sind die betroffenen Waren einzeln aufgeführt worden. Besonders hervorzuheben sind u. a.: Münchener dunkles Bier, Schaumwein, überliche Öl, Parfüme, knotbare künstliche Werkstoffe, Leder, Teppiche, Spitzen, gebleichter Zellstoff, Steine zum Schleifen, Spiegelglascheiben, gelbemiederte Erzeugnisse, Armaturen, Nähmaschinen, Anstrichmittel, Staubsauger, Umform für

Dauerwärmeparate, einfache Drähte, Meßmaschinen, Photofilme, Sägeel, Piano, Blasinstrumente, Spielböden, Eisen usw.

Die Reichsregierung wird ihrerseits auf eine Reihe polnischer Waren bei ihrer Einfuhr in das deutsche Zollgebiet die jeweils im deutschen Zollgebiet geltenden gültigen Vertragszollsätze anwenden. Weiterhin wird die polnische Regierung bei der Einfuhr von Holz aus Deutschland für die vertraglichen oder autonomen Ausfuhrkontingente von der Anwendung von Ausfuhrzollsätzen absehen. Die Reichsregierung wird bei der Einfuhr von Butter, Eiern und Säusen die polnischen Interessen in angemessener Weise berücksichtigen. Während Deutschland für vier Arten land- und forstwirtschaftlicher Produkte (Holz, Butter, Eier und Säusen) die vereinbarten Vergünstigungen gewährt, beziehen sich die von Polen gewährten Vergünstigungen auf 29 polnische Positionen des polnischen Zolltarifs. Nur einen Sinn bedeutet die Abnahme von Butter, Eiern und Säusen durch Deutschland trotz des beschränkten Umfangs für die polnische Landwirtschaft eine nicht unessentielle Entlastung, und auf der anderen Seite verteilt sich die in dem Abkommen vorgesehene deutsche Einfuhr nach Polen auf eine so große Zahl verschiedener Industriezweige, daß keiner der betreffenden polnischen Industriezweige durch die Einfuhr deutscher Waren irgendwie ernstlich beeinträchtigt wird. Im ganzen betrifft das Kompensationsabkommen nur einen geringen Teil (unter 15 v. H.) des deutschen Importes in der Warenverkehrszone. Es stellt einen Versuch dar, auf dem Wege des Ausgleichsvertrages unter vollständiger Berücksichtigung der deutschen Devisenlage miteinander ins Geschäft zu kommen. Wenn sich dieser Weg bewährt, dann ist wohl in nicht allzu ferner Zeit mit dem Abschluß eines wesentlich umfassenden neuen Abkommens dieser Art zu rechnen.

Um dem Abkommen sind besondere Bestimmungen über Ursprungszeugnisse enthalten. Derartige Zeugnisse, die von einem der beiden Teile bei der Einfuhr derjenigen Waren gefordert werden, die nach dem Abkommen Zollermäßigungen oder Zollbefreiungen genießen können, von der Zollbehörde im Ausfuhrlande im Innendienst der Grenze oder von der zuständigen Industriebehörde im Importland (im Deutschen Reich auch von der Hauptabteilung IV der Landesbankwirtschaften oder den Außenhandelsstellen, in Polen auch von den Landwirtschaftskammern oder den Warenwirtschaftsämtern) ausgestellt werden. Die beiden Regierungen können Vereinbarungen treffen, um noch auf andere als die bezeichneten Stellen oder auf wirtschaftliche Vereinigungen eines der beiden Länder die Befugnis zur Ausstellung von Ursprungszeugnissen zu übertragen, die von den Zollbehörden des anderen Landes anzuempfehlen sind. Solls die Zeugnisse nicht von einer Zollbehörde ausgestellt sind, kann die Regierung des Bestimmungslandes verlangen, daß die Ursprungszeugnisse der Waren durch die Warenverkehrsdiplomatische oder konsularischen Behörde beglaubigt werden. Die Ursprungszeugnisse können sowohl in der Sprache des Bestimmungslandes als auch in der Sprache des Ausfuhrlandes abgefaßt sein.

Besonderes Gewicht ist beim Abschluß des Abkommens auf die Regelung der Verrechnung gelegt worden. Der Warenverkehr auf Grund des Abkommens wird auf folgende Weise verrechnet werden: die deutschen Importeure zahlen den Gegenwert für die Einfuhr polnischer Waren in Reichsmark auf Rechnung der Polnischen Kompensations-Handelsgesellschaft in einer der deutschen Banken in, wobei die Handelsgesellschaft die eingehenden Summen für die Begleichung der Forderungen der deutschen Exporteure für die von ihnen nach Polen gelieferten Waren vorzuzahlen wird. Die Warenpreise müssen in den Fakturen loco deutsch-polnische Grenze oder auch auf cif oder FOB Södingen-Danig angegeben sein; die Rebenkonten werden in der gleichen Weise angegeben.

Polen und die deutsche Filme.

Mit der deutsch-polnischen Annäherung sind die Ausrichtungen für den deutschen Film in Polen im Wachsen. Der deutsche Film besitzt nicht nur wegen seines im allgemeinen höheren künstlerischen Niveaus, sondern auch weil die deutsche Sprache einem großen Teil der Bevölkerung Polens nicht unbekannt ist, eine gewisse Anziehungskraft als andere ausländische Filme, die bisher noch der polnischen Zensurmacht befehligen. Der Film „Dopirka“ z. B. der neben anderen deutschsprachigen Filmen in Polen während des letzten halben Jahres aufgeführt wurde, hat in Warschau, Kattowitz,emberg und Krakau samtliche bis jetzt aufgestellten Zuschauerrekorde geschlagen. Der Berliner „Film-Kurier“ schreibt: „Die amerikanischen Verleihfirmen haben auf Grund der Tatsache festgestellt, daß die Hochkonjunktur für die amerikanischen Filme in Polen vorbei ist. Der Preis, für den man einen mittleren amerikanischen Film in Polen kaufen kann, ist deswegen geradezu lächerlich niedrig geworden.“ Starke Beachtung hat in Polen ein vor kurzem in „Cinéma“ veröffentlichter Film erweist, der von einer kleineren deutschen Firma, der „Solon-Films“ in Berlin, hergestellt worden ist. Es handelt sich um den „Schicksalswalzer“, dessen Held der polnische Komponist Chopin ist. Die Berliner Korrespondenten der größten polnischen „Blätter“, wie z. B. der „Berichterlatter des „Mustronay Kurier kochynien“, sagten die Uraufführung des Chopin-Films einen Tag zuvor in großer „Aufmachung“ an. Der „Mustronay Kurier kochynien“ brachte nach der Premiere eine „Beschreibung unter dem Titel „Ein Film aus dem Leben Chopins auf einer Berliner Veinwand“. In dem Artikel wird u. a. darauf aufmerksam gemacht, daß die Bedeutung, die man insofern dem Film zuschreiben muß, um dessen Wert zu erkennen ist, daß der polnische Schicksal v. Chopin, der polnische Militärliebes Oberst Szymanski, der Vegetationssekretär der Polnischen Gesellschaft in Berlin, Sorkowski, und Konul Kruczkiewicz der Uraufführung beibehalten. Der Krakauer „Kurier“ schreibt in seiner „Beschreibung: „... eines Tages fragte Prof. Elmer (Romanowki) den jungen Chopin (Liebener), ob es wirklich wahr

sei, daß er zu den Verhörwörtern gehört. Daraufhin antwortet Chopin (im Film): „Wir sind keine Verhörwörter. Wir kämpfen um die Rechte und um die Freiheit Polens. Auch ich kämpfe mit, weil ich Pole bin und Polen liebe...“ „Kann mir someone“, freitrotz was polnische „deutscher“, „dich die Worte von einem deutschen Schauspieler in einem deutschen Kino vor einem deutschen Publikum ausgedrückt wurden, demselben Berlin, um ein Bekanntnis zum Dolmetscher noch vor kurzem nicht leicht war — so verstehen wir erst die Bedeutung des großen Abends...“ Es mag dahingehat bleiben, ob diese Methode der Annäherung, wie sie in diesem Film versucht worden ist, von der Seite der deutschen Öffentlichkeit aus betrachtet, die psychologisch richtige ist. Der Film wird in Polen wohl seinen „Weg machen, es wäre nur zu begrüßen, wenn er dazu beitragen würde, den deutschen Film überhaupt die polnischen Vertriebsbeater, die ihm so lange aus politischen Gründen und gegen den Wunsch des größten Teils der Bevölkerung verschlossen waren, zu öffnen.

Allgemein läßt sich ein lebhaftes Interesse der polnischen Presse und zwar gerade der maßgebenden Presse, für den deutschen Film und das deutsche Kino feststellen. Es erschienen in der polnischen Presse häufig Originalartikel ihrer Berliner Berichterlatter, die Sprache mit deutschen Schauspielern ufm. Die „Populartät der deutschen Schauspieler in Polen ist (nach dem „Film-Kurier“) noch immer sehr groß. Daraus kann man schließen, daß die Filme, in welchen diese Schauspieler auftreten, auch gefällige Erfolge sein werden. Fast jede Woche erscheinen in den polnischen wochentlichen „Berichte über Berliner Urufführungen.“ Die neueste Nummer der Zeitschrift „Kino“, die der bekannte Schriftsteller „Bruno Leiter, voröffentlicht“, z. B. einen längeren illustrierten Artikel über Berliner Dramen. Der Korrespondent fah soll alle deutschen Filme und macht darauf aufmerksam, daß z. B. „Kradch um Solonka“ ein Film ist, der in Polen bestimmt sein „Publikum finden wird. Außerdem geseien ihm, „Der junge Baron Neuhaus“, „Maskerade“ und „Die Jäsel“.

Zwangsverwaltung in Ostoberschlesien.

Das größte Eisenbüttenunternehmen Polens, die Interessengemeinschaft Königshagen z. S. (früher „Hammabütte“), des Königs- und Vauobütten, steht seit am 2. März d. J. unter Pfänderschaft. In der ostoberschlesischen Wirtschaft spielt dieses Unternehmen eine überragende Rolle. Kein Wunder daher, daß die Großbanknote mit allen Mitteln bestritt wird, die z. S. will und ganz in ihre Hand zu bekommen. Die Aktien-Mehrheiten der zur z. S. gehörenden Unternehmungen befinden sich noch heute überwiegend in deutschem Besitz; und bis zum März d. J. wurden die Unternehmungen in der Hauptsache auch von deutschen Banken mit den notwendigen Betriebsmitteln versehen. Mit der Pfänderschaft sind aber diese Mittel weg, die nun von einer Seite begehrt, von der anderen bestritt wird, am monatlichen Zinsen die Kleinigkeit von je 5000 Zloty erhalten. Einer dieser Leute ist der Generaldirektor der Eisenbütten z. S., Surtzki, also der Leiter eines Konkurrentenunternehmens. Surtzki, der früher Generaldirektor der Starochiner Eisenwerke war, gilt als „ausgeszeichneter Fachmann auf seinem Gebiete“, das es bereits vor einigen Jahren gelungen ist, in die ähnlichen Schwierigkeiten befindliche Eisenbütten z. S. zu Janieren — wobei er sich freilich seine Aufgabe dadurch wesentlich zu erleichtern versah, daß er die Last der Sanierung in großzügigen Beträgen auf die anderen Eisenbütten und Gläubigern aufbürdete. Das Ergebnis seiner „erfolgreichen Tätigkeit“ war schließlich, daß die Aktienmehrheit der Eisenbütten in die Hände des polnischen Staates überging. Es ist hiernach nicht schwer, zu vermuten, in welcher Richtung jetzt die Pfänderschaft der Kattowitzer z. S. arbeitet.

Selbstverständlich mußte die Pfänderschaft für die Weiterführung der Betriebe zunächst das gleiche tun, was die frühere Verwaltungen getan hatte, nämlich sich Kredite beschaffen. Es wird behauptet, daß ein Kredit von 15 Millionen Zloty, gegeben von der Landeswirtschaftsbank, bereits verbraucht sei. Die „günstigsten“ Seite erklärt diese Behauptung als falsch, gibt aber nicht an, in welchem Umfang bisher Kredite in Anspruch genommen worden sind. Eine „Reorganisation“ ist infolgedurchgeführt worden, als deutsche Angehörige in großem Umfang abgebaut worden sind. In einem Hauptpunkte ist die Arbeit der Pfänderschaft bisher ohne Erfolg gewesen. Das sind die Verhandlungen um die Erlangung weiterer russischer Aufträge. Es ist vor Jahren das besondere Verdienst des damaligen deutschen Generaldirektors der Znamarkbütten, Scherff, gewesen, die ersten Geschäftsbeziehungen mit Rußland anzuknüpft zu haben, die dann durch die ostoberschlesische Industrie und darüber hinaus für die polnische Volkswirtschaft großer Bedeutung wurden, weil es durch sie ermöglicht wurde, die Hüttenindustrie auf einen vollständigen Zusammenbruch zu bewahren und vielen Tausenden von Arbeitern das Schicksal der Arbeitslosigkeit zu ersparen. Der letzte große Abfluß mit Rußland war am Anfang dieses Jahres zustande gekommen. Seit dem Bestehen der Pfänderschaft sind wiederholt Verhandlungen mit Rußland geführt worden, ohne daß es jedoch bisher gelang, diese zu einem positiven Ergebnis zu

bringen. Eine gewisse Hilfe für die ostoberschlesische Eisenindustrie um, besonders auch für die Unternehmungen der Kattowitzer z. S. und des Königs- und Vauobütten, hat die auf Grund des deutsch-polnischen Eisenabkommens aufgenommen wurden. Da es sich dabei jedoch um geringere Mengen handelt, können sie keinen vollen Ersatz für den Ausfall des Rußgeschäftes bieten. Etwas besser haben sich in neuerer Zeit der Eisenabfluß in Polen selbst und das Kohlengeschäft entwickelt. Im ganzen aber dürfte die Lage des Konzerns sich unter der Pfänderschaft bisher kaum wesentlich verbessert haben. Die Sanierung läßt sich für sich warten; nur in der Entscheidung der Unternehmungen werden Fortschritte erzielt.

Die Pfänderschaft geht nun daran, die Vorbereitungen für einen Antrag auf den Gläubigern zu treffen. Seit die Anmeldung sämtlicher Ansprüche am 1. Oktober terminiert gefest worden. Auf Grund der einseitigen Feststellungen wird dann voraussichtlich ein Vergleich für die Abdeckung der Schuldverbindlichkeiten gemacht werden. In letzter Zeit ist bereits ein Vorstoß gegen die deutschen Bankengläubiger gemacht worden. Die Pfänderschaft und Vorstand des Kattowitzer Konzerns haben bei dem Vericksgericht in Kattowitz den Antrag gestellt, eine hypothekarische Eintragung von 40 Mill. Zloty auf die Eisenbütten des Konzerns, die feinerzeit zugunsten der Ostoberschlesischen Eisenbank in Königsbütten den Unternehmungen der z. S. zugeführt werden sollen, als dem Vorstoß gegen die Diskontobank kommt noch eine andere, für die ostoberschlesische Industrie-politik Polens typische Maßnahme hinzu: die Unternehmungen der z. S. werden mit ungeheurer Steuer- und sonstigen staatlichen Forderungen belastet. Schon vor einem halben Jahre wurden die rückständigen Steuern und Abgaben auf 45 bis 50 Mill. Zloty geschätzt. Dazu sind in der Zwischenzeit die Kreditmillionen der staatlichen Bankinstelle gekommen. Es ist anzunehmen, daß mit Hilfe dieser Forderungen der öffentlichen Hand verdrängt werden wird, im Sinne der kürzlich von dem Woiwoden Dr. Strykowski gemachten programmatischen Äußerungen den polnischen Einfluß auf das Unternehmen zu fällen.

Im Herbst nach Ostpreußen!

Politik und Hafen in Danzig.

Die polnische Presse hat sich in letzter Zeit auffallend häufig mit den innerpolitischen Verhältnissen der Freien Stadt Danzig befaßt. Sie hat dabei mit Vorliebe auf Meinungsverschiedenheiten verwiesen, die angeblich zwischen der RSÖWP und der Regierung bestanden und sich vor allem auf das Danzig-polnische Verhältnis beziehen sollen. Zu diesen fortgesetzten Erforschungen und meist boswilligen Äußerungen der polnischen Presse (einschließlich der offiziellen „Soyez“ „Polka“) hat der Danziger Gauleiter Albert Forster am 17. Oktober in einem grundsätzlichen Artikel im „Danziger Wortpolen“ Stellung genommen. Er erinnert darin an die wiederholten Erklärungen, die er noch vor der Machtergreifung im vergangenen Jahre abgegeben und in denen er stets die Bereitschaft der RSÖWP zu einer Verständigung Danzigs mit Polen scharf und unweidig betont hat. „Es hat in der ganzen Zwischenzeit“, schreibt er dann weiter, „nie Veranlassung bestanden, einen anderen Weg zu beschreiten, und die Partei trägt sich auch heute mit dem Gedanken, diesen Weg zu verlassen und einen anderen zu gehen... Die Partei in Danzig hat niemals daran gedacht, gefahrlos denn gemolt, eine Revision des Danziger Statuts herbeizuführen und die Bestimmungen der Danzig-polnischen Verträge zu verändern... Es hat wohl keine Partei mehr dafür Sorge getragen, daß der innere Frieden in Danzig seinen Einzug gehalten hat und die Polen ihre ihnen zugehörenden Rechte gewährleistet erhielten, als gerade die RSÖWP.“ Gauleiter Forster verweist auf die Rede, die er am 20. Juni 1933, am Tage der Machtergreifung, vor Zehntausenden von Menschen auf dem Wierzenwall gehalten, und in der er wörtlich u. a. gesagt hat: „Die nationalsozialistische Bewegung hält es für unbedingt notwendig, sich zwischen Danzig und Polen absoluter Frieden abzuheilen zu erb. Es darf nicht mehr dahin kommen, wie es in früheren Jahren war, daß aus kleinsten Gegenständen heraus eine Spannung entsteht, die sich am Ende zum Schaden beider Staaten auswirkt... Unser Wille ist es, dafür zu sorgen, daß aus diesem europäischen Pulverfaß, wie man Danzig bisher nannte, das Pulver entfernt wird und eine Stätte des Friedens entsteht...“ Wenn trotzdem in polnischen Zeitungen Artikel erschienen, in denen der RSÖWP in Danzig eine andere Meinung unterstellt wurde, so ist hier die Partei der Reichsdeutschen daran interessiert. „Ein Beitrag zu der von uns Rationalisistinnen in aller Offenheit und Ehrlichkeit gemolten Verständigung sind solche Aufsätze jedenfalls nicht... In der RSÖWP, in Danzig herrscht nur eine einzige Ansicht, und die lautet noch wie vor: Alle Fragen der nationalsozialistischen Bewegung gebührt der Erhaltung der bestehenden, alten, deutschen Danzig, das mit Polen nach jeder Richtung hin in Frieden leben will.“

Über die Entwicklung des fernwärtigen Danziger Warenverkehrs in den ersten neun Monaten d. J. gibt nachstehende Übersicht Auskunft:

Warengruppen	Einfuhr	Ausfuhr
Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs	38 664,5	646 372,2
Erzeugnisse tierischen Ursprungs	24 393,3	3 675,1
Erzeugnisse mineralischen Ursprungs	249 150,5	2 739 122,2
Wolle, Setze, Die pflanzlichen und tierischen Ursprungs, außer den besonders genannten	8 702,5	123,4
Nahrungsmittel, Kakao	6 628,5	23 459,6
Chemische und pharmazeutische Erzeugnisse	55 584,3	38 208,8
Eder, Zellulose, Lederwaren	8 111,4	446,6
Textilrohstoffe und Erzeugnisse daraus	9 360,3	1 409,9
Rauhfuh, seine Ersatzstoffe, Erzeugnisse aus diesen Materialien	2 348,2	156,2
Holz und Holzwaren	11 558,9	801 604,7
Papier und Erzeugnisse daraus	8 655,9	2 562,0
Stemearbeiten, keramische Erzeugnisse, Glaswaren	1 586,6	150,7
Metalle und Erzeugnisse daraus	29 760,6	31 222,5
Maschinen und Apparate, elektrische Geräte	2 425,9	1 051,5
Transportmittel	341,3	30,2
Waagen; Präzisionswerkzeuge, -instrumente, -apparate; messenähnliche optische Werkzeuge, Instrumente und Apparate, Schreibmaschinen, Uhren, Musikinstrumente	120,1	3,1
Waffen und Munition	10	1,1
Hüte, Schirme, Söcke, Modestartikel	1,1	2,2
Verschiedene Erzeugnisse, die nicht in anderen Gruppen enthalten sind	30,3	2,9
Kunstwerke und Museumsstücke	—	0,1
Insgesamt	452 074,2	4 289 643,9

Im Vergleich zu den ersten neun Monaten des Jahres 1933 ist sowohl die Einfuhr wie die Ausfuhr nicht unbedeutlich gestiegen. Die fernwärtige Einfuhr Danzigs hat eine Zunahme von 330 803,0 auf 452 074,2 Konten, also um 127 271,2 Konten zu verzeichnen. Das ist eine Steigerung von 36,0 o. S. Genauso stark ist die verhältnismäßige Zunahme der Ausfuhr: Diese ist in den erstnennen Zeitraum von 3 166 588,2 auf 4 289 643,9 Konten, also um 1 123 055,7 Konten gestiegen. Insgesamt hat der Danziger Außenumsatz um fast 14 Millionen Konten zugenommen. Der früher von Jahr zu Jahr gefährlicher werdende Rückgang des Warenverkehrs im Danziger Hafen ist also nicht nur zum Stillstand gebracht, sondern endlich wieder einmal in sein Gegenteil verkehrt worden.

Polen und der Danziger Zolldienst.

Zu den schwierigsten und hartnäckigsten Streitfällen zwischen Danzig und Polen, die seit 1920 immer wieder die Beziehungen der beiden Staaten gefährlich getrübt haben, gehören die Fragen der Zollverwaltung in Danzig. Die Schwierigkeiten, die sich immer wieder erhoben, haben sich aus der Tatsache ergeben, daß Danzig durch das Versailles Diktat zwar zu einem souveränen Staat gemacht, zugleich aber mit Polen zu einem gemeinsamen Zollgebiet zusammengelagert wurde, daß es also als Staat zwar eine eigene Zollverwaltung erhielt, sein Zollwesen zugleich aber als Teil in das polnische Zollwesen einordnen mußte. In sich braucht eine solche Gemeinsamkeit noch nicht der Anlaß zu fortgesetzten Meinungsverschiedenheiten zu sein, wie ja z. B. die frühere Gemeinschaft zwischen Preußen und Luxemburg, die noch dem Weltkrieg eine einvernehmlich-befriedigende Zollgemeinschaft umgewandelt wurde, gezeigt hat. Der wesentliche Unterschied zwischen dieser und der Danzig-polnischen Gemeinschaft liegt jedoch darin, daß die erstere für die beiden beteiligten Seiten eine freiwillige und rein wirtschaftliche Maßnahme war, während an der Danzig-polnischen Gemeinschaft der eine der beiden Partner, nämlich Danzig, auf Grund des Versailles Diktats gegenwärtig teilnehmen mußte und schon bei den Beratungen über die einschlägigen Abkommen die politischen Absichten des anderen Partners, nämlich Polens, sehr einwirkend zu fühlen bekam. Das Danzig-polnische Zollverhältnis ist durch den Vertrag von 1920 und das Warschauer Abkommen von 1921 sowie durch eine Reihe weiterer Vereinbarungen aus den Jahren 1921, 1923 und 1926 und schließlich durch das am 1. Oktober d. J. in Kraft getretene Abkommen vom 6. August 1934 geregelt. Einen Überblick über die komplizierten Bestimmungen über die Danziger Zollverwaltung und deren Verhältnis zur polnischen Zentralzollverwaltung hat Zollrat Radolny kürzlich im „Danziger Wortpolen“ gegeben. Es heißt dort u. a.:

Die polnischen Zollinspektoren.

Die polnische Zollverwaltung hat das Recht, den Danziger Zollbeamten, dessen Organisation nach dem Abkommen vom 6. August d. J. unter der Kontrolle der Freien Stadt Danzig steht, durch polnische Zollbeamte unterstützen zu lassen. Zu diesem Zweck unterhält das polnische Finanzministerium einen „Obersten polnischen Zollinspektor“ in Danzig, dem mehrere polnische Zollinspektoren unterstellt sind. Ein polnisches Zollamt gibt es in dem Gebiet der Freien Stadt Danzig nicht. Die polnischen Zollinspektoren

sind der Danziger Zollverwaltung weder über- noch untergeordnet. Ihre Zahl sowie jede Veränderung hinsichtlich der Polen der Danziger Zollverwaltung mitzuteilen.

Die amtliche Tätigkeit der im Streitgebiet stationierten polnischen Beamten erstreckt sich auf die Überwachung der Durchführung der polnischen Zollbestimmungen in Danzig. Die polnischen Zollinspektoren sind berechtigt:

1. die Anwendung der polnischen Zollgesetze und des polnischen Zolltarifs zu überwachen,
 2. alle Amtshandlungen zu beobachten, alle Stellen der Danziger Zollverwaltung zu jeder Zeit, in der dort Dienst verrichtet wird, zu betreten und alle Einrichtungen zu beschichtigen,
 3. von den Danziger Beamten Auskunft über den Grund und Zweck ihrer Amtshandlungen zu verlangen und alle Zollpapiere, Bücher und Akten einzusehen, soweit sie Zollangelegenheiten betreffen,
 4. bereits erledigte Zollabfertigungen nachzuprüfen.
- Sie haben jedoch nicht das Recht, Danziger Zollbeamten irgendwelche Anweisungen zu erteilen; dagegen können sie ihre Bedenken gegen die Amtshandlungen Danziger Beamten sofort zum Ausdruck bringen. Kommt es zu keiner Einigung, so ist eine gemeinsame Wiederprüfung anzufordern. Die Entscheidung trifft das polnische Finanzministerium.
- Die Danziger Zollinspektoren sind berechtigt, die polnischen Zollinspektoren in Danzig, die vom Danziger Senat aus eigenen Mitteln gewährten Zolkkredite. Die Bewilligung dieser Kredite darf jedoch nicht durch die Danziger Zollbehörde erfolgen.

Die Danziger Zollämter haben den Hinweis der polnischen Zollinspektoren an illegitime Fälle offensbaren Schmuggels Folge zu leisten. Der Oberste polnische Zollinspektor wird das Recht haben, die Danziger Zollämter zu erziehen, Nachforschungen und Durchsuchungen in Danziger Handelsgebieten und Unternehmen, die des Schmuggels oder anderer Zollverletzungen verdächtig sind, vorzunehmen. Das Ersuchen wird die Umstände bezeichnen, die den Verdacht und die Gefahr im Verzuge glaubhaft machen.

Das Landesjollamt.

Die oberste Jollbehörde auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig führt die Bezeichnung „Landesjollamt der Freien Stadt Danzig“. Das Landesjollamt hat im Verhältnis zur polnischen Zentraljollverwaltung, dem polnischen Finanzministerium, nur den Wirkungsbereich der 2. Anlage polnischer Jollstellen. Es hat die Jollstellen, die ihren Sitz in Warschau, Posen, Myslowitz und Gdansk haben.

Dem Landesjollamt unterstellt sind die Jollämter und Oberjollkontrollen. Die Jollämter werden nach ihren Befugnissen, die nach den polnischen Jollvorschriften besonders festgelegt sind, in Jollämter I. und II. Klasse eingeteilt. Zur Zeit gibt es auf dem Gebiet der Freien Stadt 19 Jollämter I. und 2 Jollämter II. Klasse. Nach dem Abkommen vom 6. 8. 34 wird Danzig ohne vorheriges Benehmen mit der polnischen Zentraljollverwaltung weder den gegenwärtigen Bestand der Jollämter vermindern noch ihren Sitz verändern. Von der Einrichtung neuer Jollämter und bei der Verlegung von Jollstellen wird die Freie Stadt die Obersten polnischen Jollinspektoren verständigen. Ferner wird jede Veränderung im gegenwärtigen Bestand der Jollämter und Jollübergänge auf dem Gebiet der Freien Stadt Danzig im vorherigen Benehmen mit der polnischen Zentraljollverwaltung vorgenommen werden. Die gleiche Bestimmung gilt für die Veränderungen im gegenwärtigen Bestand der für Schiffe und andere Fahrzeuge auf Grund des Abkommens über den bevorrechteten Durchgangsverkehr zwischen Ostpreußen und dem Reich eingerichteten Anlegestellen.

Sämtlicher Schriftwechsel des Landesjollamtes mit dem polnischen Finanzministerium wird unmittelbar geführt. Abgesehen von besonderen Ermächtigungen auf Grund internationaler Vereinbarungen haben die Danziger Jollbehörden künftig auf Grund des Abkommens vom 6. August 34 in allen Angelegenheiten ihres Verkehrs mit ausländischen Behörden oder internationalen Organisationen die polnische Zentraljollverwaltung zu wenden, die das Erforderliche vorzulesen wird. Im amtlichen Schriftverkehr mit den polnischen Jollstellen in Polen haben die Danziger Jollstellen ihrer deutschen Fassung eine Übersetzung in polnischer Sprache beizufügen; umgekehrt dagegen erhalten die Danziger Dienststellen sämtliche amtlichen Schriftstücke aus Polen sowie vom obersten polnischen Jollinspektor in Danzig nur in polnischer Sprache. Die für den Jolldienst erforderlichen Normblätter (Jollklärungen usw.) sind in deutscher und polnischer Sprache gehalten. Der Partei selbst es überlassen, ob sie diese Vorbrüche in deutscher oder polnischer Sprache ausfüllen will.

Die Jollbeamten.

Im Abkommen vom 6. August d. J. hat sich Danzig verpflichtet, bemüht zu sein, die Zahl der Jollbeamten, die hinreichende Kenntnisse der polnischen Sprache haben, ständig zu vergrößern, und zwar in erster Linie die Zahl der mit dem Publikum in Berührung kommenden Beamten. Auf Grund dieses Abkommens wird die Danziger Jollverwaltung spätestens zum 1. Januar 35 der polnischen Zentraljollverwaltung eine Liste aller Jollbeamten unter Angabe ihrer Ämter übermitteln. Künftig hat sie jährlich einmal jede Änderung im Bestand dieser Beamten mitzuteilen.

Vor Befetzung der Stelle des Chefs der Dan-

ziger Jollverwaltung, seines Vertreters im Jolldienst, des Sachbearbeiters Grenze, dem auch die Geschäftsausfertigung über die Oberjollkontrollen übertragen ist, der Leiter der beiden an der deutschen Landesgrenze freigegebenen Oberjollkontrollen und der Jollämter Puckhof, Vegeter, Graebitz, Hofenkamp, Weichselbahnhof, Kalthof, Sinsdorf und Beredlungskocher wird der Senat der Freien Stadt Danzig mit der polnischen Zentraljollverwaltung Sühlung nehmen. Wenn diese der Meinung ist, daß in seiner bisherigen Tätigkeit der Anwärter sich schwerer oder fortgesetzt gegen die Jollinteressen verhalten hat und infolgedessen nicht genügende Sicherheit bietet, so wird die Meinungsvorherbehandlung hierüber durch den Hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig entschieden werden.

Wenn der Beamte, der eine der vorhergenannten Stellen bekleidet, sich in seinen Dienstverhältnissen schwerer oder fortgesetzt gegen die Pflichten zur Neutralität gegenüber den Interessen des Jolles verhält, so wird die polnische Regierung das Recht haben, die Freie Stadt um Abberufung des betreffenden Beamten zu eruchen und gegebenenfalls sich an den Hohen Kommissar mit der Bitte um Entsendung zu wenden. Wenn die Frage der Abberufung eines Jollbeamten der Entsendung des Hohen Kommissars unterbreitet wird, so wird grundsätzlich der Senat der Freien Stadt den Beamten für die Dauer des Verfahrens beurlauben. Auf Eruchen der polnischen Zentraljollverwaltung oder des obersten polnischen Jollinspektors in Danzig ist die Danziger Jollverwaltung verpflichtet, eine Unteruchung wegen Disziplinärer Vergehen gegen die Danziger Jollbeamten vorzunehmen. Eine dergleichen Unteruchung ist als Maßnahme eines Verfahrens gegen einen Danziger Jollbeamten wegen Verstoßes gegen die Jollvorschriften werden im Besitze eines polnischen Jollinspektors erfolgen. Die gleiche Beteiligung eines polnischen Jollinspektors wird auch in dem Falle stattfinden, wenn eine Unteruchung oder ein Verfahren auf Betreiben der Danziger Behörden eingeleitet wird.

Die Jollannahmen.

Die Jollgesfälle können entweder in Danziger Gulden oder in Jlotz bezahlt werden. Die Danziger Jollverwaltung ist verpflichtet, dem polnischen Finanzministerium vierteljährlich und jährlich Rechenschaft über die gefälligten Jollannahmen vorzulegen. Ferner muß für den polnischen Finanzminister ein jedes Wochenstück eine Abfahlschablone auf die Brutto- und Nettoeinnahme an Jollen leisten. Der Anteil Danzigs an den Jollannahmen ist wie folgt geregelt: Danzig und Polen erhalten von den Bruttoerträgen der gesamten Jollannahmen, die auf den Gebieten beider Teile zusammen aufkommen, einen Anteil, der nach dem Verhältnis der Einwohnerzahl gemäß der letzten Volkszählung und den Normen des durchschnittlichen Verbrauchs der jeweiligen Waren durch die Einwohner eines jeden der beiden Gebiete berechnet wird. Zur Zeit gilt als Norm des Verbrauchs durch einen Einwohner der Freien Stadt Danzig das Sechstel des Verbrauchs durch einen Einwohner Englands. Im letzten Jotze hat Danzig eine Jollannahme von 4 076 960,77 Gulden gehabt. Aufgenommen sind dagegen auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig rund 22 443 000,— Gulden. Den Unterfahlsbetrag von rund 18 366 000,— Gulden hat Polen erhalten.

Der deutsche Handel mit Lettland.

Der lettlandische Außenhandel hat sich nach den Angaben der Lettischen Statistischen Verwaltung seit 1930 ganz beträchtlich verringert. Der Außenhandelswert hat im 1. Halbjahr 1934 etwa ein Drittel des Wertes vom 1. Halbjahr 1930 betragen. Die Einfuhr belief sich im 1. Halbjahr 1934 auf 48,95 Mill. £s. Davon entfielen 25,87 Mill. £s. auf Seertugwaren, und 19,44 Mill. £s. auf Rohstoffe und Halbfabrikate. Zugeschickt wurden in demselben Zeitraum Waren im Werte von 32,63 Mill. £s.; davon sind die Rohstoffe und Halbfabrikate mit der Hälfte des Wertes, nämlich 16,77 Mill. £s., die Nahrungs- und Genussmittel mit einem Viertel, nämlich 8,39 Mill. £s., und die Seertugwaren mit 7,46 Mill. £s. beteiligt. Die Handelsbilanz Lettlands war also mit 16,30 Mill. £s. im 1. Halbjahr 1934 passiv.

Im der Richtung des lettlandischen Außenhandels sind seit einer Reihe von Jahren starke Veränderungen erfolgt. Die Einfuhr von Rohstoffen und Polen-Danzig treten sowohl als Lieferanten wie als Abnehmer Lettlands immer stärker zurück. In die deutsche rücken England und andere weitausgehender überseeische Staaten. Die deutsche Einfuhr nach Lettland hat im 1. Halbjahr 1932 über ein Drittel der Gesamtimport Lettlands betragen, im 1. Halbjahr 1934 dagegen nur noch 11,5, von fast 49 Mill. £s. Dagegen ist der Anteil Englands an der lettlandischen Einfuhr in den angegebenen Zeiträumen ganz erheblich gestiegen, nämlich von 328 auf 924 Mill. £s. Die englische Einfuhr hat diejenige Deutschlands allein beinahe erreicht; sie ist im Vergleich, diejenige Deutschlands betragen im Sinken. Bei der Einfuhr Lettlands nach Lettland sind in allen halbjährigen und wöchentlichen feststellbaren Berordnungen des britischen Handels noch härker bemerkbar. England ist der weitaus wichtigste Abnehmer lettlandischer Waren. Von einem Export in Höhe von 32,63 Mill. £s. im 1. Halbjahr 1934 gingen allein 14,49 Mill. £s. nach England; erst in weitem Abstande folgte Deutschland mit 6,43 Mill. £s. Die

deutsche Einfuhr aus Lettland ist erheblich härker zurückgegangen als die Einfuhr dorthin. Der deutsch-lettlandische Handelsverkehr war erst Lettland im 1. Halbjahr 1932 mit etwa 1 Mill. £s., in der entsprechenden Zeit des laufenden Jahres aber mit etwa 5,5 Millionen £s. Am letzten Jotze hat Danzig im englisch-lettlandischen Handelsverkehr in England beachtlich erheblich mehr Waren aus Lettland als dieses ihm abnimmt. Im 1. Halbjahr 1932 war der Lettlandhandel für England mit über 10,12 Mill. £s. per entsprechenden Zeit dieses Jahres immer noch mit 5,25 Mill. £s. passiv. Aus dieser Seltung der Handelsbilanz erklärt sich unter dem Druck der mehrgedehnten englischen Käufer das Bestreben Lettlands, seinen Einfuhrbedarf nach Möglichkeit nicht mehr in Deutschland, sondern in England zu decken.

Unter dem Waren, die Lettland nach Lettland ausführt, stehen 3 Hauptgruppen an erster Stelle. Es folgen in weitem Abstande Farben und Farbstoffe, Kalfalle, Seaten, Wollgarne, pharmazeutische und medizinische Erzeugnisse, Turmieren, medizinische und chirurgische Apparate, Elektromotoren und Dynamomaschinen, bearbeitetes Eisen, Vandalmaschinen usw., alle im wesentlichen Fertigfabrikate. Ganz anders ist die lettlandische Einfuhr aus England zusammengefasst: hier spielen Steinkohlen, Textilien und Textilrohstoffe und Seringe die weitaus größte Rolle. Nicht so scharf sind die Unterschiede in der lettlandischen Einfuhr nach Deutschland und England. Deutschland bezieht aus Lettland vor allem Butter und Fischöl, die zusammen mit etwa als Hälfte der deutschen Einfuhr aus diesem Lande ausmachen. Es folgen dem Werte nach: Turmieren, Papierholz, Kleefas, Bretter, Säcke u. a. m. In der lettlandischen Einfuhr nach England stehen Bretter mit einem Drittel des Wertes) und Butter an erster Stelle, es folgen Turmieren, Bacon, Fleisch, Kalfenteile, Grubenholz usw.

Offland-Woche.

Zu Postfachern erhoben.

Die deutsche Regierung und die polnische Regierung sind übereingekommen, die Gesandtschaften in Warschau und Berlin mit Wirkung vom 1. November d. J. ab zu Postfachern zu erheben. Zu Postfachern sind die beiden bisherigen Gesandten ernannt worden.

Kolind von Schirach sitzt in Warschau.

Als erste deutsche Sängerknaben nach dem deutsch-polnischen Verständigungsabkommen hat Kolind von Schirach in Warschau ein Gastspiel gegeben. Das sich zu einer Halbjahe für die deutsche Kunst aufstellte. Die Künstlerin wurde von Vertretern der polnischen Behörden begrüßt. Bei einem Frühstück, das der deutsche Gesandte in Warschau, von Moltke, gab, nahmen führende Vertreter der polnischen Regierung und des polnischen Musiklebens teil. Die Künstlerin sang dann über alle polnischen Sender mit starkem Erfolge Lieder von Max von Schillings, Wagner und Weber. Der deutsche Gesandte wohnte der Sendung persönlich bei. Zum Abschluß des Warschauer Aufenthalts ob der Chef der Delegation und Propaganda im polnischen Außenministerium, Prysoski, ein Frühstück, zu dem die hervorragenden Vertreter des polnischen Musiklebens erschienen waren. Kolind von Schirach wurde auf Grund ihres Erfolges eingeladen, im Laufe dieser Saisonzeit an der Warschauer Oper in mehreren Rollen aufzuführen. In Warschau wird außerdem fernerhin die Rolle der Warschauer Philharmoniker sowie mit dem polnischen Rundfunk in Warschau und Krakau in Aussicht genommen.

„Deutsche Nachrichten“. Tageszeitung der Jungdeutschen Bewegung.

Die „Jungdeutsche Partei für Polen“ veröffentlichte folgenden Aufruf: Am 1. November d. J. erscheint im Verlag der „Jungdeutschen Partei für Polen“ die einzige unabhängige deutsche Tageszeitung unter dem Titel „Deutsche Nachrichten. Tageszeitung für das Deutschum in Polen“. Damit soll ein neues, bester Wunsch aller nach der Erneuerung unseres Deutschums treuenden Polens, die Erfüllung. Die „Deutschen Nachrichten“ sollen auf der Boden der völkischen, sozialistischen Weltanschauung den Lebensfragen unserer deutschen Volkszonen in Polen dienen. Ihr Leitwort lautet: „Für Volkstum und Sozialismus“. Die „Deutschen Nachrichten“ sind neben dem „Aufbruch“ das einzige maßgebliche Organ der Jungdeutschen Bewegung. Die neue Tageszeitung ist bei einem Bezugspreis von nur 2.— Slon monatlich, ausschließlich 39 Grobden Polnischen, wobei die billige deutsche Tageszeitung in Polen. Ihre Aufgabe soll dem Kampf gegen veraltete Lebensformen und der Gewinnung des deutschen Volkstums in einer abstrakten Volksgemeinschaft. Danach sollen für alle Völker der Gegenwart, das Volkstümliche und die Bewegung in unserer Heimat. Sie unterrichtet den Leser in befriedigender Ausdehnung für Polen, Dommern und Schlesien über die Tagesereignisse in Stadt und Land, sie beleuchtet über die Pflichten gegenüber Volk und Staat. „

Das „Ausserhalb der Reichsgrenzen“.

Der schlesische Aufstandsvormann Grusznki sprach am 17. Okt. vor dem Obersten Rat der polnischen Regierungspartei für die Weimarer Republik über sein Reichstagsprogramm. Durch die Annäherung der Vorleser über der Befürchtung, das Oberste Komitee der deutschen Vertretung der „Mitteldeutschen“ wird die „Kommissarische“ Weimarer die „Wissens“ durch die Warschauer Zentrale. Die Rede ließ deutlich erkennen, daß die polnische Politik in Ostoberschlesien unbeeinträchtigt fortgeführt werden soll und daß dort keine wesentliche Annäherung an die Verständigungspolitik Berlin-Warschau geplant ist.

Grusznki sprach von drei Hauptaufgaben, die dem Regierungslager in Ostoberschlesien gestellt sind. Die erste Aufgabe sei, die Seele des Volkes mit der polnischen Staatsgewalt zu erfüllen, nicht bloß der Intellektuelle, sondern auch der Bauer und der Arbeiter müßten von dem Gedanken durchdrungen sein, daß der polnische Staat, der seinen Reichtum ihrer Arbeit verdanke, auch ihnen gehöre, und daß die Freiheit des Landes nicht umsonst vom Himmel gefallen, sondern durch ihres Festhalten an der polnischen Sprache und an der nationalen Arbeit und durch die freiwillige Aufnahme des Romkes mit den Waffen erworben worden sei.

Die zweite Aufgabe sei die Vereinheitlichung des Landes mit dem übrigen polnischen Staat. Die Weimarer Republik schließe sich selbst zum polnischen Staat an, sie unterbreite sich dem polnischen Staat, indem sie durch die Befreiung des Landes vom Senfer Abkommens und des Organischen Statuts, daß sie eine weitgehende Autonomie erziele. Infolgedessen habe auch der Wunsch der polnischen Vereinheitlichung mit dem polnischen Staat stärker gewonnen. Der Weimarer bemerkte hierzu, daß das gegenwärtige Programm der Regierungspartei schon im Jahre 1923 von dem Verband der Aufständischen vorher genannt worden sei, indem dieser sich damals für die Aufhebung der Militärfreiheit in Ostoberschlesien und für die Einschränkung der Autonomie ausgesprochen habe.

Am dritten Teil seiner Rede kam der Weimarer auf die Stärkung des polnischen Einflusses in der Wirtschaft Ostoberschlesien zu sprechen. Es sei noch viel Unangenehmigkeit“ auszugleichen. In dem polnischen Bauern müsse das Unrecht der „Enteignung“ von Anfang des 19. Jahrhunderts wieder gut gemacht werden, und es müsse ihm das Land gegeben werden, „das einst seine Vorfahren gerodet“ hätten. Der Anteil polnischen Kapitals, polnischen Einflusses und polnischer Leitung an der Industrie müsse sich von Jahr zu Jahr immer stärker ausprägen.

Schicksale deutscher Schulen in Polen.

Der polnische Leiter der deutschen Minderheitenschule in Siemianowicz (Ostoberschlesien) hat verschiedene Anordnungen getroffen, durch die er den berechtigten Protest der deutschen Eltern herausfordert hat. Er hat anordnet, daß die deutschen Kinder über ihre Lehrer polnisch zu sprechen haben und daß die Kommandos bei den gymnasialen Übungen die tägliche vom Unterrichtsbeginn veranstaltet werden, in polnischer Sprache zu geben sind. Die Eltern haben sich über diese ungerechtfertigten Anordnungen des polnischen Schulleiters bei der Schulbehörde beschwert.

Der deutsche Lehrer Helmut Bomke aus Alt-Bojan hatte im August d. J. vom Starosten in Rosten zwei Strafmandate über 10 bzw. 10 Zloty erhalten, weil er anlässlich unbeeinträchtigt wieser Schulunterricht im Auftrage des deutschen Seimbiros in Bromberg erteilt haben sollte. Wegen die Strafmandate hatte Bomke Einwendungen gemacht, daß er keinen Unterricht erteilt hätte, sondern lediglich den deutschen Eltern deren Kinder zum Besuch polnischer Schulen ermuntern werden. Eingeweihte gaben hoffe, wie sie ihre Kinder selbst in der deutschen Sprache unterrichten könnten. Das Polener Landgericht, vor dem die Angelegenheit jetzt verhandelt wurde, hob die Strafmandate, das Starosten auf und sprach den Beklagten frei mit der Begründung, daß hier keine unerlaubte Unterrichtsleistung vorliege und daß die Unterweisung der Eltern, wie sie ihre Kinder in der Muttersprache unterrichten sollen, nach dem Gesetz nicht strafbar ist.

Meiniger Generaldirektor verhaftet.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft in Kottbus wurde am 17. Okt. der Generaldirektor der „Deutschen“ in Kottbus verhaftet. Der Generaldirektor verhaftet, ist im Zusammenhang mit der Zwangsverhaftung in den Pflichten Betrieben dadurch hemmend eingegriffen zu haben, daß er der Pfändung unterliegende Gegenstände, die gerichtlicherseits der Zwangsverhaftung zur Verwertung gestellt worden waren, heimlich abtrug. Weiter wird er beschuldigt, gewisse Glieder der „Deutschen“ Unternehmungen zum Schaden des polnischen Staates begünstigt zu haben.

Der Weltbund der Polen gegründet?

Der im August dieses Jahres auf dem Warschauer Kongress des Auslandspolentums gebildete Weltbund der Polen scheint durch die Faltung der amerikanischen Polen in Frage gestellt zu sein.

Der Weltbund der Polen, der sich als „Polenvereinigter“ Amerikaspolen ihren sofortigen Beitritt zum Weltbund mit dem Hinweis darauf ablehnt, daß sie durch die Teilnahme an einem Verbande, der nach den Richtlinien einer von der Warschauer Regierung abhängigen Stelle handelt mit ihren amerikanischen Bürgerpflichten in Konflikt geraten und ihre oft einflussreiche Stellung in den Staaten gefährden müßten und daß die Vorteile, die sie mit dem Beitritt erlangen könnten, nicht die Nachteile aufwiegen würden, die sie in diesem Falle als amerikanische Staatsbürger in Kauf nehmen müßten. Die Entschreibung über den Beitritt sollte zurückgestellt werden, bis die großen polnischen Verbände in USA sich der Frage geäußert haben müßten. Das ist nun immer noch geschehen. Auf einer Tagung der polnischen Verbände, die kürzlich in Chicago stattfand, wurden die feinerseit geltend gemachten Bedenken als berechtigt anerkannt. Der Beitritt zum Weltbund wurde abgelehnt. Auch die diplomatischen Bemühungen um die Behebung der Schwierigkeiten und Bedenken sind einsehenden ohne Ergebnis geblieben. Damit scheint der Weltbund gefährdet. Ohne die Amerikaner bildet er nur einen Lorlo. Denn diese machen weit mehr als die Hälfte aller in Ausland lebenden Polen aus; sie sind überbies die wirtschaftlich stärkste und kulturell schlaueste auslandspolnische Gruppe. Die Stellenmacher der Amerikanerpolen, die sich in der Verbindung des Weltbundes „Polenvereinigter“ Wenn die Polen in den Vereinigten Staaten leben die Politik vertreten, daß der Beitritt ihrer Organisations zum Weltbund sich mit ihren Wünschen, die sie als amerikanische Bürger haben nicht vereinbaren läßt, so müssen dafür schon so wertvolle Gründe vorliegen, daß andere Staaten, deren polnische Volksgruppen dem Weltbund beigetreten sind, einigen Anlaß haben, sich mit dieser Ungleichheit einmal zu befassen. Das soll geltend für die Staaten in denen die kulturelle Tätigkeit der polnischen Volksgruppen immer wieder von politisch in Tendenzen bestimmt wird.

Verbilligung der polnischen Auslandspreise?

Nach einer Mitteilung des „Kurjer Polanski“ ist im Warschauer Innenministerium eine Änderung der geltenden Höchstbestimmungen in

Vorbereitung. Es sollen verschiedene Kategorien vorkommen sein: der gewöhnliche Paß, der von Startlinie ausgestellt wird, soll eine Geltungsdauer von 20 Jahren haben und 30 Zloty kosten. Ein gewöhnlicher Paß soll auch für die Zeit von drei Jahren ausgestellt werden können; er soll dann zu mehreren Auslandsreisen berechtigen, jedoch jährlich 360 Zloty kosten. Studenten, die im Ausland studieren, und Personen, deren Beruf öftere Auslandsreisen erfordert, sollen für einen Jahresauslaßpaß 30 Zloty zahlen. Der Dientpaß wird vom Innenministerium, der Diplomatpaß vom Außenministerium ausgestellt. Außerdem soll es noch für mehrere Personen geltende Sammelvisé geben. Für jede der darin aufgeführten Personen soll die Gebühr 30 Zloty betragen. Personen, die an Ausstellungen zur See teilnehmen, sollen keine Viségebühr bezahlen, wenn ihr Aufenthalt in irgendeinem Auslandslande nicht länger als dreimal 24 Stunden dauert. Polnische Staatsangehörige, die im Ausland wohnen, sollen in den Konsulats Jahrespässe für 30 Zloty erhalten. Einmalige Grenzaußweisse sollen für 50 Groschen zu erhalten sein. Ausweise, die zu mehreren Reisen berechtigen, sollen 1 Zloty kosten. Keinen Auslaßpaß sollen die Personen erhalten, die die bürgerlichen Ehrenrechte verloren haben, und u. U. auch Familienväter, wenn bei ihnen die Befürchtung vorliegt, daß die Angehörigen, zu deren Unterhalt sie verpflichtet sind, ohne Fürsorge bleiben. Personen, die sich ohne Paß im Ausland aufhalten, werden mit Arrest bis zu drei Monaten und mit Geldstrafe bis zu 3000 Zloty bestraft. Sagaber dem derzeitigen Zustande würde eine solche Ausreisung des polnischen Volkswesens für die in Polen anfliegenden Personen eine menschenwürdige Verbilligung und eine gewisse Erleichterung der Auslandsreisen bedeuten.

Ein Hügel als Denkmal.

Marshall Piłsudski soll von seinen Landsleuten auf eine besondere Art geehrt und geehrt werden. Es soll dem Marzall ein Hügel als Denkmal gesetzt werden dessen Erde ausschließlich aus polnischem Heimatboden besteht. In ganz Polen ergab daher an die Bevölkerung der Auftrag: Erde aus allen Ecken des Landes nach Krakau zu schicken, wo dieser Hügel aufgebaut werden soll. Man hat Krakau gewählt, weil von dort der Marzall im Jahre 1914 bei Ausbruch der Feindseligkeiten mit seiner ersten Legion den Marzall in die Freiheit begann. Der Auftrag soll im ganzen Lande großen Widerhall gefunden haben. Tagtäglich treffen in Krakau Scharen und Scharen anstellt mit Erde ein. Auch die Auslands Polen zeigen großes Interesse und schenken selbst die größten Entfernungen nicht, um sich an diesem Geschenk der Nation für ihren großen Helden zu beteiligen.

Der „Völkerverbund des Kreisaufgebiets Danzig“.

Der „Völkerverbund des Kreisaufgebiets Danzig“ teilt in einem letzten veröffentlichten Bericht mit, es wäre ihm gelungen von 146 arbeitslosen Polen in Danzig 1000 in Arbeit und Verdienst zu bringen. Siehe nun von den Arbeitslosen die Zahl der „Jugendlichen und die der Alten ab, so verblieben nur noch 330 arbeitslose Mitglieder.

Die Zeitung des Bundes der Polen in Danzig wie seine Mitglieder an, am 11. November aus Anlaß des Staatsfeiertages zur Erinnerung des Kooperationsaufstandes vom Jahre 1831 zu sagen und Sagen in den polnischen Nationalfarben herauszubringen.

Wie die „Gazeta Odonka“ mitteilt, beabsichtigt der Hauptvorstand des Völkerverbundes in Danzig im Einvernehmen mit der polnischen Schulbehörde eine polnische Universität als ständiges Bildungsinstitut in Danzig ins Leben zu rufen. Wie es heißt, handelt es sich hierbei um keine Volluniversität, sondern um eine Art Volkshochschule mit einem ziemlich aufgeschlossenen Seminarbetrieb.

Zentrumskreise.

Ein führendes Mitglied der Danziger Zentrumspartei, Oberbürgermeister und Schulrat W. Freund, ist wegen steigenden Verdachts eines schweren Vergehens im Amt verhaftet und dem Untersuchungsrichter übergeben worden. Wehrend wird beschuldigt, in amtlichen Sessungen über die öffentliche Verwaltung, das er sich durch seine Vertrauensstellung im Danziger Schulamt erworben hat, dem Vertreter einer benachteiligten Minderheitspartei mitgeteilt zu haben. Die Empörung über den Fall Wehrend ist um so größer, als auch sonst das Kreisen führender Zentrumskreise in Danzig in zunehmendem Maße zu einer imperialistischen und außenpolitischen Reumünbigung geworden ist. Unter dem Deckmantel des Schutzes der Danziger Verfassung betreiben diese Kreise offen und verdeckt eine nationalistische Hebe gegen die von der Abgrenzungsmehrheit des Danziger Parlaments gewählte nationalsozialistische Danziger Regierung.

Die polnische Auslandsdelegation.

Der Fonds zur Unterstützung der polnischen Schulen im Ausland hat am Oktober 1933 bis Oktober 1934 durch finanzielle Sammlungen fast 446 000 Zloty aufgebracht, wovon 438 000 Zloty Königsgeld sind. Es ist jetzt beschlossene worden, künftig nicht nur gelegentliche Sammelwochen zu veranstalten, sondern ständige Beiträge zu erheben.

Die freien Verufe in der Reichsdiplomatie.

Am den stehschließen „Karobni Pily“ wurde die nationale Zusammenfassung der freien Verufe in der Reichsdiplomatie unterführt. Dem Blatt ist der Anteil der Etschen und Slowaken am dem Gesamtbestand an Ärzten, Ingenieuren und Rechtsanwältinnen noch zu gering; und es richtet daher an die Jugend dieser beiden Nationen den Appell, sich noch mehr als bisher den medizinischen, technischen und juristischen Studien zuzuwenden, um die Polen, Ukrainer, Ungarn und vor allem die Deutschen aus diesen Berufen hinauszu drängen. Nach dem Ausweis der Ärztekanzlei gibt es im gesamten Staatsgebiet 1304 praktizierende Ärzte (ohne die Zahnärzte, Hebammen, Heilkräuter, Hebammen) und 4190 (= 56 p. h.) Etschen und Slowaken, 3904 (= 44 p. h.) Deutsche (= Anzeiger anderer Völkstümer. In Öbmen gibt es einschließlich der Zahnärzte insgesamt 6102 praktizierende Ärzte. Etschen und Slowaken sind davon 3748 (= 60 p. h.). Von den 2967 Ärzten Mähren-Schlesiens sind 1459 (= 62 p. h.) Etschen und Slowaken. An der Slowakei und Karpatenrußland sind die entsprechenden Zahlen 1957 bzw. 681 (= 35). Ähnlich liegen die Verhältnisse im Rechtsanwaltsstand. In Öbmen sind 2500 Rechtsanwältinnen tätig, davon 99 p. h. Etschen und Slowaken. In Mähren-Schlesien gibt es 11 Etschen und Slowaken mit 60 p. h., von 725 Rechtsanwältinnen in der Slowakei gibt es 1136 Rechtsanwältinnen, darunter sind die Deutschen, Ungarn um mit 74 p. h., die Etschen und Slowaken mit 26 p. h. vertreten. Karpatenrußland hat 168 Rechtsanwältinnen, davon 4 p. h. Etschen und Slowaken, 20 p. h. Ukrainer und 76 p. h. Deutsche Ungarn und Juden. Erheblich stärker als im Ärzte- und Rechtsanwaltsberuf sind die Etschen und Slowaken unter den Ingenieuren vertreten. Am Gesamtstand werden 1547 Ingenieure gezählt, davon 68 p. h. Etschen und Slowaken. Die entsprechenden Zahlen für die einzelnen Länder sind: Öbmen 982 (davon 72 p. h.) Mähren-Schlesien 632 (davon 58 p. h.), Slowakei und Karpatenrußland 261 (davon 34 p. h. Etschen und Slowaken).

Die polnischen Sozialisten über Deutschland.

Der Vorstand der polnischen Sozialdemokratischen Partei sagte vor kurzem folgende Beschlüsse in denen er sich mit der Weltlage und dem deutsch-polnischen Verhältnis befaßte. Daß diese Beschlüsse voller Antriebe auf Deutschland und voller Unfreundlichkeiten gegen die polnische Regierung sind, versteht sich bei diesen moralischen Kreisen von selbst. Das einzige Gute an diesen Kreisen ist, daß sie im politischen Leben Polens keine Rolle mehr spielen. Ihre finanzielle Lage ist sehr bedauerlich. Seit von Oberst Drucker verschlossen als die Taktik der „WPS. aus dem Sozialistischen Zentrum hinauswurde und das moralische Rückstadium wurde, den alten WPS. Wählern durch die Best-Offiziere angeboten. In dem Bestfall vor-Näheren heißt es: „Der Hauptvorstand der WPS. stellt fest, daß die Gefahr eines Krisenausbruches immer mehr zunimmt. Diese Gefahr wird herbeigeführt durch den kapitalistischen Kampf um die Weltmärkte. Die kapitalistischen Staaten, vor allem die imperialistischen, organisieren bereits heute die Grundlozen für ihre künftigen kämpfenden Armeen, mit Hilfe des Arbeitsstandes in Deutschland mit Hilfe der nationalen imperialistischen Erziehung in Östern und mit Hilfe des letzten Gesetzes über den Hilfsdienst in Polen. Das Prekariat stellt allen diesen Kriegsvorbereitungen die bis auf den letzten Augenblick fürstbar belassen, den Kampf mit dem Sozialismus, als der Hauptaufgabe der Krisenmachenden entgegen“. Weiter heißt es: „Der Hauptvorstand stellt fest, daß die Hitlerbewegung in Deutschland eine immer größere Kriegswoge in Europa wird (1). Die Pläne einer bemanneten Aktion im Osten sind von der Hitlerregiererei keineswegs aufzuheben worden (1). Die deutsche auswärtige Politik Polens unterführt die Hitlerbewegung (1) und führt dadurch zu einer Schwächung der Stellung Polens. Das Bündnis mit Frankreich verliert an Kraft; das Mikrotum der Kleinen Entente die Zustimmung der Etschen-Slowaken mit Hilfe Ungarns bestärkt, wird ebenfalls die Beunruhigung Sommerschlüsse im Hinblick auf die Politik Polens in Danzig geht zurück. Eine solche Politik ist schädlich sowohl für den europäischen Frieden wie auch für die Entwicklung eines unabhängigen Polens“.

Verneinte Opfergaben.

Bei der Reunion einer Kasse in der Warschauer städtischen Wohlfahrtsabteilung wurde eine verfehlte Rufe gefunden, die große Summen an Papiergeld, Silbergeschmuck, sowie Ringe und Schmuckstücke enthielt. Es stellte sich heraus, daß es sich um 30 bis 90 Zloty handelte, die damals während des bolschewistischen Vormarsches auf Warschau für den Staatsfonds gesammelt wurden. Sie haben die staatlichen Kassen niemals erreicht, da man sie in der Stadterneuerung vergeblich suchte. Ansonsten sind die Banknoten, die eine sehr große Summe darstellten können längst entwertet, und nur noch die Schmuckstücke hätten jetzt dem Finanzministerium abgeliefert werden.

Vitanen verachtet nicht auf das Billagebiet.

Mitte Oktober fand in Rauen ein Kongreß des Verbandes zur Befreiung des Willingebietes statt. Von 489 Ortsgruppen aus Vitanen und 16 aus dem Auslande waren 585 Delegierte erschienen. Ministerpräsident Cubelis begrüßte im Namen des Staatspräsidenten und der Regierung den Kongreß mit einer längeren

Rede, in der er zunächst auf die geschichtlichen und nationalen Bindungen des Willaogebiets mit dem übrigen Litauen einging. Tubelis ermahnte den Kongress, unermülich für die Befreiung des Willaogebiets tätig zu sein, wobei er u. a. betonte, daß bis zur Verwirklichung dieser Idee noch eine tiefere und lange Arbeit bevorstehe.

Zur einer Veranstaltung des Wissenschaftlers der Studierenden der Universitäts-Kauen erklärte der litauische Kulturminister Schillingas u. a., daß die litauische Willaopolitik sich auch nicht um ein Haar ändern werde und sich auch nicht ändern könne. Die zahlreichen Erklärungen dieser Art in letzter Zeit lassen vermuten, daß den maßgebenden Kreisen in Kauen ein Aufschwung gegenüber Polen notwendig erscheint, nachdem so viel Gerüchte von einer angeblichen litauisch-polnischen Verständigung in der Auslandspresse gebrüht sind.

Mojes Schiffmann.

Die polnischen Untersuchungsbehörden sind einer großen Organisation von Pöfalschern auf die Spur gekommen, deren Um-

fang alle bisher in Polen bekannten Fälscherverbände weit übertrifft. Unter Leitung eines Mojes Schiffmann, der zu einem großen Vermögen gekommen ist, arbeiteten Zweigstellen seiner Fälscherorganisation in Warschau, Wilna, Bialystok, Krakau und anderen polnischen Städten sowie im Auslande. Bisher sind etwa 100 Personen verhaftet worden. Schiffmann selbst erlangte ein Verhör, als die Polizei seine Wohnung betrat. Die Zahl der in Umlauf gelangten Fälsche ist bisher unbekannt, geht aber nach Ansicht der Polizei in die Hunderte. Die falschen Pässe wurden aus gelohlenen Händen durch neue Photographien und Personalangaben umgearbeitet, während alle Unterschriften und Stempel echt blieben. Die Fälscherorganisation arbeitete einerseits, um Strafverfolgung oder Sohnenflüchtige aus Polen herauszubringen, andererseits um Flüchtlinge aus Rußland mit polnischen Pässen zu versehen, und nach Amerika, Frankreich usw. zu bringen. Die Verhaftungen wurden durch die Aufmerksamkeit eines Grenzbeamten entdeckt, dem es gelungen war, daß einige in vertriebenen Städten ausgeteilte Pässe die gleiche Handschrift bei den Personalangaben aufwiesen.

Von den Juden in Polen.

Der „Bund“ und die Kommunisten.

Eine kommunistische Partei gibt es in Polen angeblich schon seit Jahren nicht mehr. Um so größer mußte die Überraschung sein, die durch Mitteilungen in der jüdischen Presse Polens hervorgerufen wurde. Diese jüdischen Blätter teilen nämlich mit, daß die kommunistische Partei Polens sich vor einiger Zeit an die Polnische Sozialistische Partei und den jüdischen „Bund“ mit dem Vorbehalt gewandt habe, nach dem französischen Vorbild eine marxistische Einheitsfront in Polen herzustellen. Die PPS soll derartige Verhandlungen abgelehnt haben. Dagegen hat der jüdische „Bund“ mehrere Wochen lang mit dem angeblich längst aufgelösten Kommunisten verhandelt und mit diesen auch ein Abkommen getroffen, das sich auf den Boden des in Frankreich zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten geschlossenen Verständigungsabkommens stellt. Die beiden Gruppen haben vereinbart, sich an ein gemeinsames Programm zu erheben und gemeinsam zu versuchen, auch die PPS für die marxistische Front zu gewinnen und für die grundsätzliche und praktische Einheit der Gewerkschaftsbewegung einzutreten. Da sich die Kommunisten aber nicht an die getroffenen Vereinbarungen gehalten, ihre Angriffe gegen den „Bund“ fortgesetzt und schließlich den Verständigungsakt wieder gekündigt haben, haben sich die jüdischen Blätter entschlossen, die kommunistischen Bestrebungen der Öffentlichkeit zu verraten. Das Unterstellte an der gegen Angelegenheit ist, daß die Juden vom „Bund“ die kommunistische Partei in Polen, trotzdem diese offiziell nicht mehr besteht, für einflußreich und wichtig genug halten um mit ihr erhaltlich zu verhandeln und sogar ein Abkommen treffen zu lassen, daß die Juden vom „Bund“ keine Bedenken tragen, sich gegebenenfalls mit der illegalen Arbeit der Kommunisten zu verbinden. Dadurch wird erneut die längst bekannte Tatsache bestätigt, daß die Juden in Polen — wie auch sonst überall — die wesentlichen Träger und Förderer der bolschewistischen Fälschung sind, daß sie keine Bedenken tragen, sich auf innerpolitische Aktionen einzulassen, die bei der unmittelbaren Nachbarerschaft der Sowjetunion für Polen einmal eine sehr bedenkliche außenpolitische Situation hervorgerufen können. Es ist nicht die Aufgabe Deutschlands, sich um die Verbringung der innerpolitischen Angelegenheiten in Polen zu kümmern. Das ist selbst aber nicht aus, daß Deutschland ein sehr wesentliches Interesse daran hat, zu wissen, inwieweit etwa jene östliche Nachbar für die bolschewistische Fälschung zugänglich ist, die in den mehr als drei Millionen Juden einen geistig und sozial sehr empfänglichen Nährboden besitzt.

Judenfeindlicher Schulfreist in Polen.

In verschiedenen Gegenden Polens hat sich eine starke Strömung gegen die jüdischen Lehrer an polnischen Schulen bemerkbar gemacht. Man verlangt die Befreiung der jüdischen Lehrer. So geschah es auch in dem Orte Gajkowo (Kreis Schiffsburg) in der ostpreussischen Grenz. Die Anträge der Eltern an die Schulbehörde blieben aber ohne Ergebnis. Darauf entschloß sich die Mehrheit der katholischen Eltern ihre Kinder nicht mehr in die Schule zu schicken. Sie erhielten darauf umgehend Schreiben des Statthalters, die für jeden Tag der Schulverweigerung eine Strafe von 40 Zloty androhten. Die Unterrichtsstunden der jüdischen Lehrer wurden unter dem Schutz von Polizeibeamten abgehalten. Die Eltern hielten darauf eine Verammlung ab und schickten ein gemeinsames Schreiben an den Statthalter, in dem sie die Gründe für die Verweigerung des Schulbesuches anführten und nachdrücklich die Lehrer aus der Schule zu entfernen. Die Antwort auf das Schreiben bestand darin, daß in den Wohnungen der Eltern, die ihre Kinder von der Schule ferngehalten hatten, Vollzugsbeamte erschienen und, als die Eltern die Strafe nicht bezahlen wollten, Pfändungen vornahmen.

Die jüdischen Wehrverbände in Polen.

Der „Kurjer Dojanski“ berichtet über die Entwicklung der jüdischen Wehrverbände in Polen. Die Behörden, schreibt er, hätten in diesen

Jahr die Zentrals der jüdischen halbamtlichen Organisation „Briith Hakail“ anerkannt. Seitdem habe diese Organisation das Recht, ohne jede Einschränkung in ganz Polen Abteilungen zu errichten; und sie mache hiervon in weitem Umfange Gebrauch, ebenso wie die schon früher beherrschend anerkannte jüdische halbamtliche Organisation „Briith Trumpelbord“. Der „Briith Hakail“ zähle bereits 657 Abteilungen mit 40 000 Mitgliedern; er unterhalte in Sienkonia bei Warschau eine eigene Infraktoren-Schule. Die Mitglieder des „Briith Trumpelbord“ tragen braune Hemden, verhalten sich in allen Stücken Krongesetz und Oplonskies Verordnungen und werden „jüdische Selbstkämpfer“ genannt. Angehörig sind diese Wehrverbände zur Verteidigung der jüdischen Heimstätte in Palästina bestimmt. In Wirklichkeit denken jedoch die meisten ihrer Mitglieder daran, sich in Palästina den Gefahren eines etwaigen Kampfes mit dem arabischen Antisemitismus auszuliefern. Es handelt sich hier um Wehrverbände zur Bekämpfung der starken antisemitischen Strömung in Polen, also um militärisch organisierte Wände, die gegebenenfalls auch einmal gegen das polnische Wehrvolk eingesetzt werden können und in diesem Falle sehr wahrscheinlich in der glücklichsten Lage sein würden, sich auf die Unterstützung Moskaus berufen zu können.

Die Juden im Vordringen.

Der „Kurjer Dojanski“ beklagt sich in seiner Nummer vom 23. Oktober in einem längeren Artikel über die fortschreitende Ausbreitung des jüdischen Besitztandes in Polen. Er führt dafür eine Reihe recht bezeichnender Tatsachen an. In Warschau habe sich seit der Errichtung des kommunistischen Oberbürgermeisters die jüdische Einfluß im Magistrat und in den städtischen Vertrieben bedeutend vermehrt. Mehrere Juden hätten im Magistrat Stellen als Bureleite, Büroangestellte usw. erhalten. Die Juden beantragten in Warschau einen der beiden Bürgermeisterposten für sich, und bei der judenfeindlichen Einstellung eines maßgebenden Mitglieds der Regierungspartei sei mit einem Erfolg dieses Antrages zu rechnen. Die kommunistische Verwaltung der Stadt Warschau habe angeordnet, den jüdischen Vorgesetzten als amtliche Sprachassistenten; denn die Bekanntmachungen des jüdischen Spielfeldtheaters erschienen jetzt nicht mehr in polnischer, sondern auch in jüdischer Sprache. Zum Beispiel seien die mit der Stadt verbundenen Theater, Warschauer Theater, das Nationaltheater und das Sommertheater gefolgt. Ähnlich wie in Warschau habe es in Krakau auch, so ein gefaßter Jude sogar Oberbürgermeister sei. Auf leitenden jüdischen Posten befänden sich in Krakau Juden, namentlich das jüdische Gesundheitsamt wimmelte von Juden, und das Nationalmuseum werde von Juden gebaut. Auch erhielten in Krakau die Juden viele städtische Verzierungen. Es hätte dort nur wenig gegelut und die Juden hätten auch noch den meisten Bürgermeister erhalten. Zu einem wahren Skandal sei es in Wladyka bei Krakau gekommen, wo die Statuerenverleumdung, in der sich viele Juden befanden, beschloffen habe, drei Straßen jüdisch zu nennen zu geben. Siegen diesen Antrag habe niemand protestiert können, da es in der Statuerenverleumdung keine Nationaldemokraten gebe, ihre Liste sei in den letzten Wahlen für ungültig erklärt worden. Vor einigen Monaten habe in Pryemyl, einer der größten polnischen Städte die 50 000 Einwohner habe, die Statuerenverleumdung beschloffen, sechs Straßen zu Ehren jüdischer Geistesdenkmäler zu benennen, und so gebe es dort heute eine Schalom-Alsh-, eine Wilbert-Einstein- und eine Rahum-Zokolom-Strasse. Eine jüdische Bibliothek, die städtische Reitschule und Sandstein unterhalb, habe kürzlich von der Regierung eine bedeutende Beihilfe erhalten. In vielen Städten in ostpreussischen Grenzprovinzen, in Ostpolen und in Galizien hätten die Statuerenverleumdungen große Subventionen für verschiedene jüdische Organisationen bewilligt. Über diese Tatsachen, fährt der „Kurjer Dojanski“ fort, könne sich nur der wundern, der die Stellungnahme des Samierungslogers zur Judenfrage nicht kenne.

Litauische Nachrichten.

Den Angelegten im Memelprozeß ist vor kurzem die 500 Seiten umfängliche Anklageschrift zugestellt worden. Der Beginn des Prozesses war ursprünglich auf den 5. November festgesetzt worden. Die litauischen Behörden haben ihn jetzt jedoch plötzlich auf den 15. Januar nächsten Jahres verschoben. Die Wahl dieses Termins ist bedeutungsvoll. Am 15. Januar findet die Saar-Abtretung statt. Die Litauer hoffen wohl, daß durch dieses Ereignis die Öffentlichkeit der ganzen Welt so sehr in Anspruch genommen wird, daß niemand mehr Zeit findet, auf das zu achten, was vordringende in Litauen und im Memelgebiet geschieht. Es ist dies vielleicht Methode, die Litauer gegen einmal dem Memelgebiet gegenüber angewandt hat. Im Januar 1923 brachen die litauischen „Freiwilligen“ (in Wirklichkeit hat es sich um reguläre großlitauische Gruppen gehandelt) in das damals unter französischer Protektion stehende Memelland ein, und zwar gerade zu einer Zeit, in der die ganze Welt wie gebannt auf den französisch-belgischen Einbruch ins Ruhrgebiet starre. Der Zusammenbruch, der auch jetzt wieder zwischen den Aktionen der litauischen und der französischen „Politik“ besteht, ist ja offensichtlich, um überleben werden zu können. Damals wurde im Schatten eines größeren Ereignisses ein deutliches Kommando mit Gewalt und gegen den Willen von 98 v. H. seiner Bewohner mit dem litauischen Staate verbunden. Jetzt soll, wiederum im Schutze einer deutsch-französischen Auseinandersetzung, das vollendet werden, was jenseitig noch nicht hätte erreicht werden können: die restlose Abwägung des memelländischen Deutschstums. Daß die Litauer einen solchen Termin für die Durchführung des Prozesses wählen, ist ein deutlicher Beweis für ihr schlechtes Gewissen. Wären sie ihrer Sache so sicher, wären tatsächlich Beweise für die gegen die angeklagten Deutschen erhobenen Vorwürfe des Vandalenverratens, der Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes usw. vorhanden, dann hätten die Litauer gar keinen Grund, ihren Prozeß hinter der Saarkommision zu verbergen; dann hätten sie lieber die allergrößte Wert darauf legen, daß die ganze Welt den Prozeß verfolgt, der all die Gewaltmaßnahmen rechtfertigen soll, mit denen die Memelbevölkerung seit Monaten von den litauischen Machthabern gequält wird.

Der Gouverneur des Memelgebietes hat unter Berufung auf Artikel 12 des Memelstatuts die Session des memelländischen Landtages geschlossen. Der Landtag wurde zuletzt am 19. Juli dieses Jahres vom Gouverneur zur Entgegennahme einer Regierungserklärung des Direktoriums Reigis einberufen, konnte jedoch wegen der zweimal kürzlich herbeigeführten Verschiebungsfähigkeit zu dieser Sitzung nicht stattfinden. Durch die jetzige Maßnahme wird dem Landtag die Gelegenheit genommen, überhaupt eine Regierungserklärung entgegenzunehmen. Nicht etwa, weil man sich in Deutschland noch für parlamentare Formen zu begeistern vermöchte, wird deutschseits die Wiedereröffnung des Memellandtages in seine vollen Rechte gefordert, sondern deshalb, weil dieser Landtag auf Grund des Statuts neben dem Direktorium der Ausdruck des deutschen Charakters des Memelgebietes und der Hauptträger der Selbstverwaltung seiner Einwohner ist. Deutschland fordert nur eines: daß die politische und kulturelle Gelinung der Memelländer geachtet und das Land gemäß dieser in freier Abstimung festgesetzten Gelinung regiert wird. Es bedeutet ein Eingeländnis des gänzlichsten Vorgehens der Litauer im Memelgebiet, wenn ein Ruener Blatt kürzlich den Landtag als eine Feinde bezeichnet hat, die man solange nicht anrühren werde, bis sie die Luft veratmet. Sollte sie aber — so drückt sich das Blatt aus — zu stinken anfangen, dann bliebe nichts anderes übrig, als sie vollends zu veratmen.

Der Gouverneur des Memelgebietes hat eine Kommission eingesetzt, die sämtliche Pässe der Memelländer überprüfen soll, ob sie auch zu Recht ausgestellt wurden. Die Arbeit dieser Kommission, die unter Leitung eines litauischen Grenzpolizeibeamten steht, hat bereits begonnen. Über jede Prüfung wird Protokoll aufgenommen. In jedem Protokoll ist zur Erbringung des Nachweises der litauischen Staatsangehörigkeit die Erfüllung von elf Punkten notwendig, und zwar:

1. Optionsurkunde,
2. Geburtsurkunde,
3. Heiratsurkunde,
4. Sterbendeurkunde,
5. Ehecheidungsurkunde,
6. Geburtsurkunde der Kinder, die am 30. Juli 1924 unter 18 Jahre alt waren,
7. Befehlsung des Vordrucksamts ober der Polizeiverwaltung Memel, daß der Pöhemspänger seit dem 10. Januar 1920 bis zum 30. Juli 1924 ununterbrochen im Memelgebiet gewohnt hat,
8. Nachweis, daß der Wechsel des Wohnorts nicht zu berücksichtigen ist,
9. Nachweis, daß er am 10. Januar 1920 die deutsche Staatsangehörigkeit besessen hat,
10. Nachweis, daß er für Deutschland nicht optiert hat,
11. andere Dokumente.

Die Überprüfung nach diesen Gesichtspunkten wird ergeben, daß allein in der Stadt Memel über 50 v. H. der Pässe für unzulässig erklärt werden, da die Ausstellung nach anderen Grundätzen vorgenommen wurde. Es wurde u. a. nur verlangt, daß der

Passhaber an den beiden Stichtagen, dem 10. Januar 1920 und 30. Juli 1924, im Memelgebiet gewohnt hat, auch wenn er in der Zwischenzeit im Auslande war. Die Kommission war verwirrt über, daß der Passhaber die ganze Zeit ununterbrochen im Memelgebiet wohnte. Man nimmt an, daß durch diese Maßnahme eine Wahlloararbeit geleistet werden soll, denn bei einer Auslieferung von Wahlen nach der Arbeit dieser Kommission würden sämtliche Anhaber der für unzulässig erklärten Pässe, sowie die Mitglieder der beiden Parteien, Sozialistische Volksgemeinschaft und Christlich-Sozialistische Arbeitsgemeinschaft, kein Wahlrecht haben. So könnten nur die eingetragenen Großbürger ihre Stimme abgeben.

Die Referendate für das Memelgebiet werden künftig nicht mehr berechtigt sein, dort amtliche Stellungen anzunehmen, wie sie nicht vorher ein Examen an der litauischen Universität abgelegt haben. Eine Kommission für diese Prüfungen ist bereits im Entstehen. Diese Maßnahme würde im Widerspruch zum Memelstatut stehen, welches das Gerichtsamt in Anbetracht seiner Verbundenheit mit der reichsdeutschen Gesetzgebung den autonomen Behörden des Memelgebietes allein überläßt.

Die Litauer setzen ihre Personalpolitik in den ländlichen Amtsbezirken fort. Langjährige und bewährte Amtsleiter und Stabsbeamte, die das volle Vertrauen der Bevölkerung haben, sind entgegen dem Wunsch der Bevölkerung abgesetzt worden. So sind die Amtsvorsteher Walschins aus Bausden, Jejsat aus Pabizien, Pagnalis aus Drup-Pakal und Smars aus Orlinken sowie die Stabsbeamten Junker aus Ulschken und Schekis aus Jagsteden ihrer Ämter widerrechtlich entlassen worden. An die Stelle dieser Männer sind Personen gesetzt worden, die zwar das Vertrauen des illegalen Direktoriums Reigis, aber nicht das der Bevölkerung besitzen. Dieses Vorgehen des Direktoriums gegen die Amtsleiter widerspricht nicht allein dem Statut, sondern auch den Vandalengesetzen. Nach den im Memelgebiet geltenden gesetzlichen Bestimmungen dürfen weder Amtsleiter noch festangestellte Beamte fristlos entlassen werden. Die Gesetze schreiben vor, daß sie auf dem Wege des Disziplinarverfahrens aus ihren Ämtern zu entfernen sind.

Dem langjährigen Direktor des Memeler Schauspielhauses, Albers, wurde nicht nur die Erlaubnis zu jeder weiteren Tätigkeit untersagt, sondern auch die weitere Aufenthaltserlaubnis im Memelgebiet verweigert. Albers übernahm das Theater im Jahre 1920 und hat sich um die deutsche Theaterkultur auf diesem vorgehobenen Posten große Verdienste erworben. Er hatte es verstanden, aus einer künstlerisch niedrigerliegenden Bühne ein lebendiges Kultur- und Volkstheater zu machen. Albers kehrt nun nach Deutschland zurück, um die Leitung des Stadttheaters in Rostock zu übernehmen.

Gegen den früheren litauischen Ministerpräsidenten Wolbemas, der zur Zeit im Zusammenhang mit dem Militärprozeß vom 7. Juni d. J. eine zwölfjährige Kerkerhaft abbüßt, ist vor dem litauischen Appellationshof auf Grund des Gesetzes zum Schutze von Volk und Staat ein neuer Prozeß auf den 8. November anberaumt worden. Es handelt sich um ein Verfahren wegen Anstiftung zum Aufruhr.

Die Zulassung der Juden zum Universitätsstudium in Litauen löst auf wachsende Schwierigkeiten. Während noch vor zwei Jahren fast 50 Prozent der in die medizinische Fakultät aufgenommenen Studierenden Juden waren, ist in diesem Jahre wegen Nichterfüllung der gestellten Anforderungen kein einziger Jude mehr aufgenommen worden. — Bei den anderen Fakultäten liegen die Verhältnisse für die jüdischen Studierenden fast ebenso. Unter den Juden herrscht diesbezüglich große Erregung. Man läßt die Zurückstellung der Juden vom Hochschulstudium als eine von oben angeordnete antisemitische Maßnahme an.

Winterhilfswort des Deutschen Volkes

Postscheckkonto
BERLIN 77100

20.12.24 Nr. 1

Winterhilfswort des Deutschen Volkes

Koranyi ist unzufrieden.

Kürzlich fand in Bromberg eine Sitzung des Obersten Rates der Christlich-DEMOKRATISCHEN Partei statt. Auf dieser Sitzung hielt der als entscheidender wesener Vorkämpfer bekannte Senator Koranyi eine für die polnischen Oppositionellen sehr bedeutende Rede: „Nicht der Staat ist eine Grobmacht, der bekannte Minister hat, sondern der, dessen Vertreter den gemeinen Willen der gesamten Nation hinter sich haben. Wenn wir hören, daß Deutschland sich über einen polnischen Erfolg freut, dann haben wir den Grund, daß wir etwas Unbilliges gemacht haben müssen.“ Die Grundgedanken des Koranyi in der Politik könne nur die Bekämpfung mit Frankreich reich sein, die nicht auf Sentimenten, sondern auf gemeinsame Interessen gegründet sei. Mit Frankreich verbinde Polen ein militärisches Bündnis. Die Polen günstig gestimmte französische Presse frage jetzt, ob dieses Bündnis noch gelte. „Ich stelle fest“, erklärte Koranyi, „daß die Lockerung des Bündnisses mit Frankreich nicht ausschließlich Polens Schuld ist.“

Die polnische öffentliche Meinung habe mit Genugtuung die Mitteilung aufgenommen, daß das Regierungslager, das lange einen so großen Augenblick begie, es jetzt für richtig erachtet habe, Beziehungen mit Frankreich aufzunehmen. Weniger zufrieden sei man dagegen über die Abkühlung des polnischen Verhältnisses zu Frankreich und der Scherhollerei. „Jammern sprach und schrie ich“, so fuhr Koranyi fort, „daß wir ein geordnetes Verhältnis zu Deutschland brauchen. Aber von geordneten Verhältnissen zu einer Verbrüderung, deren Zeugen wir jetzt sind, ist ein matter Schritt.“

Koranyi ging dann auf die innerpolitischen Verhältnisse Polens ein. Der Staat dürfe nicht die Womane einer Partei sein. „Alle ehrlichen Politiker und tüchtigen Sachleute“ müßten das Recht zur Teilnahme an der Regierung haben. „Während ich er dann den Wunsch äußere, daß sich die Partei nicht als Partei, sondern als einig der Vorkämpfer der Garen und der Wächterin heute zu den maßgebenden Faktoren gehört, daß aber diejenigen, die in praxisden

Erwägungen faßen und wegen ihres Votums verfolgt wurden, heute wieder in Gefangnissen sitzen, aber in polnischen.“ Wir Christlich-DEMOKRATEN freuen uns nicht darüber, daß es in Polen schlecht zugeht und daß die Regierung viele Fehler macht. Wir bedauern das sehr, da es der Staat über alles geht. Ich sehe“, erklärte Koranyi weiter, „die Rettung nicht ausschließlich in der Christlich-DEMOKRATISCHEN Partei, in der Nationalen Arbeiterpartei oder in der Nationaldemokratischen Partei, denn das sind nur Kamenhüder. Es muß das Verhältnis dafür wachsen, daß alle, die das göttliche Recht gemeinsam achten und zu einer sozialen Gerechtigkeit streben, sich in einem großen nationalen und katholischen Lager einigen müssen.“

Die Lösung nahm dann folgende sehr bedeutende Entscheidung an: „Das polnische Volk ist durch die Geheimnistuerei, mit der die Regierung die Außenpolitik umgibt, benachteiligt. Minister Beck informiert das Parlament nicht über seine Pläne und wendet eine Kaktik an, von der man keine guten Resultate erwarten kann. Die polnische Politik muß weiter auf ein engeres Bündnis mit Frankreich und auf die Zusammenarbeit mit der kleinen Entente gestützt sein. Die Befestigung aller Mittelschichten muß durch den Kampf um die heilige Wache des ganzen Volkes. Die Regierung muß die schädliche Propaganda einiger Sanierungsblätter hemmen, die die guten Beziehungen Polens zu Frankreich und zur Scherhollerei fördern. Polen muß geregelte Verhältnisse zu Deutschland unterhalten, was jedoch nicht den Eindruck hervorgerufen darf, daß wir uns mit Deutschland gegen ein anderes Land oder mit Ungarn gegen die Scherhollerei verbünden. Die Befestigung der Ungleichheit auf dem Gebiete des Arbeiterentwessens muß weiter das Ziel der polnischen Politik sein. Der Weg, den jedoch der Herr Beck eingeschlagen hat, brachte uns Mißerfolge und stützte eine beunruhigende Isolierung Polens auf internationalen Gebiet.“

400 Jahre Danzig-Holland.

Danzig und Holland sind in den jüngsten Tagen in neue Beziehungen zu einander getreten: Ein Holländer, Dr. Wederbragt, wurde zum Präsidenten des Hafenausschusses in Danzig berufen. Wie gewohnt reist einer viele Jahrhunderte alten Geschichte die Hand. Ein bemerkenswertes Dokument aus der Zeit vor annähernd 400 Jahren bezeugt die engen Handelsbeziehungen zwischen Danzig und Holland. In der Information des königlichen Sekretärs Maximilian Transtion zu händischen Königswahl im Jahre 1534 wird von der Bedeutung Danzigs als Handelsplatz für Holland berichtet. „Die Holländer kommen alle 3 Jahre ein- oder zweimal nach Danzig mit 200 oder 300 Schiffen, um in diesem Tage das ganze Getreide zu kaufen und zu verladen, das sich in Danzig befindet. Wenn alle Großgrundbesitzer von Polen und Preußen haben seit 25 Jahren dieses Mittel gefunden, um auf bestimmten Flüssen ihr ganzes Getreide nach Danzig zu schicken und es in dieser Stadt verkaufen zu lassen. — Danzig gilt zur Zeit als die reichste und mächtigste Stadt der ganzen Ostsee.“ 1533 schrieb Karl V. Danzig wäre die Stadt, mit der die Holländer am liebsten handeln. 400 bis 600 holländische Schiffe liefen damals in Danzig jährlich ein. Bei dem großen Handelsmetzen der Viersäcker Holländer in der Hansezeit, der auch kriegerische Formen annahm, bekam Danzig oft den Vorwurf der Hollandfreundlichkeit zu hören. Der gute Markt in Danzig zog sehr viele holländische Kaufleute in die freie und Hansestadt an der Weichsel, auf kürzere Zeit, oder auch für viele Jahre. Es war für sie sehr wichtig, hier das Bürgerrecht zu erwerben, um größere Handelsfreiheit zu haben. In der Zeit von 1348 bis 1400 wurden 26 niederländische Orte genannt, die Einwanderer nach Danzig gestellt haben: Amsterdum, Dordrecht, Zierikse und besonders Emmen, deren darunter an der Spitze. Neue Scharen der holländischen Einwanderung brachte der Unabhängigkeitskrieg. Wilhelm von Oranien dankte der Stadt wiederholt für die freundliche Aufnahme seiner geflüchteten Landsleute.

Wiederholt wird Danzig als der Hafen bezeichnet, der am liebsten von den Holländern angefahren wird. 1585 bis 1620 hat die holländische Flotte im Danziger Hafen ihre Hochflut erreicht. 1587 gehen 1022 niederländische Schiffe von Danzig durch den Sund, 1606 sind es 1086. Das holländische Bier fand in dem Danziger Bier zwar einen Konkurrenten, wurde aber doch viel eingeführt. Die Herings-Infuhr war stets sehr bedeutend. Auch brachten die Holländer die Umfahrgüter aus der Heimat nach Danzig. Hin und wieder hat Danzig seine führende Stellung im Getreidehandel besessen, um Handelsorte bei den Niederländern zu ersetzen. 1588 bis 1596 getraute die Hanse nicht dieses Mittel, um Wägen zu Entgangkommen zu verhindern, man sperrte alle Getreidezufuhr und leitete die Getreidezufuhr nach Holland. In dieser Entwicklung der Handelsbeziehungen zu Danzig

ist zugleich ein getrautes Bild des Aufstiegs der Niederlande bzw. Hollands gegeben. Nachteil blühte der Handel Danzigs mit Holland wieder auf, als die Schiden des Jährigen Krieges übermannt waren. Obgleich Holland dann in mehrere Kämpfe mit England erteilt wurde, blühte doch der Handel mit Danzig, denn England erzielte nur Hollands Bezug, nicht dessen Vernichtung. So blieben die volkreichen Niederlande gern Abnehmer des Danziger Getreides. Wie das Werk „Danzigs Handel in Vergangenheit und Gegenwart“ (Hanns Bauer und Walter Müller, Verlag H. W. Kosemann, Danzig 1925) feststellt, blieb bis zum Jahre 1792 der Handel mit Danzig von ausschlaggebender Bedeutung.

Außer den Handelsbeziehungen ist ein bedeutender kultureller Einfluß der Niederlande auf Danzig unverkennbar. Die um 1600 in den Glaubenskämpfen aus Holland flüchteten Mennoniten fanden Zuflucht in Danziger Wärdern, wo ihre Kaufmann bis heute in Entfaltung und Kultur des Bodens und Viehzucht hervorragendes leisten. Diese Einwanderer wurden auch von polnischen Grundbesitzern gern geachtet und haben sogenannte Holländererben im Weichselgebiet, auch von Ehren bis nach Warchau hin, errichtet. Holländische Sitten und Gebräuche haben sie bis heute treu bewahrt. Niederländische Gelehrte, Seifliche und Künstler wurden vielfach nach Danzig berufen. Danzig verbandt ihnen eine ganze Reihe städtischer Bauten. Auch am Ausbau der Danziger Festungswerke haben Niederländer in leitenden Stellen tätigen Anteil gehabt. Die niederländische Renaissance fand mit den Handelsbeziehungen Eingang in Danzig und beeinflusst bis heute das hiesige Stadtbild. Da ist die schöne Innere Danziger Kathedrale, der nach einem Brande des Rathauses im Jahre 1599/60 von Meister Dirk Daniels als Helmputzidee dem gotischen Kernputz aufgesetzt wurde. Auch dem Rathhaus wurde das Grüne Tor der nächste größere Renaissancebau in Danzig. Der aus Weichsel gebürtige, vom Rat der Stadt Danzig bestellte Stadtbauamteiler Antony von Obdergen entwarf seine hohes Künstlertum im Neubau des Altstädtischen Rathauses (1586—1595), der Veinckommer (1592/93) und des großen Zeughauses (1603—1605). Dazu sind, wie Dr. Erich Reiser im Bande „Danzig der holländischen Stadtbilder (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1925) heraushebt, viele Bürgerhäuser Danzigs in den Formen der niederländischen Renaissance gehalten.

Wenn so jahrhundertalte, ausgedehnte gute Beziehungen zwischen Danzig und Holland in erfreulicher Weise noch heute nachwirken und in vielen Wandernheimen erhalten geblieben sind, so möge die hiesige Hanse, die sich in der Vergangenheit so sehr um die Förderung des Hafenausschusses nach Danzig entzündet herangezogen, Vertreter das tüchtig vorwärtsstrebenden, Danzig auch befreundeten holländischen Volkes.

Arthur CENY Danzig.

Spendet für das Winterhilfswerk!

Die „Kohlenstraße“ in Schleifen.

Bei Maltsch trifft eine Landstraße auf die Ober, die in den Dörfern, durch die sie geht, noch heute die Kohlenstraße genannt wird, obwohl man kaum noch aus der mindlichen Überlieferung weiß, was diese Straße einst bedeutete und wann und wie sie entstand. Die Geschichte dieser Straße, die heute, in ihrem gesamten Verlauf beinahe nicht mehr den einflussreichen Charakter ihrer vorübergehenden Sommerverkehrsstraße hat, da ihre einzelnen Teile in sehr verschiedenem Zusammenhang ausgebaht und daher in ganz verschiedenem Zustande sind, ist interessant genug. Die Kohlenstraße, so wie sie noch bis in die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts bestanden war, ist in der frühindustriellen Zeit gebaut, um die Rahnverfrachtung der Waldenburger Kohle im Oberhause Maltsch, von der bis dahin nicht die Rede sein konnte, zu ermöglichen. Ihr Bau hängt daher sowohl mit der Geschichte des Waldenburger Berglandes als auch mit der Entwicklung des Saale-Maltsch eng zusammen, wobei zu denken ist, daß der damalige Staat früher mit den heutigen Verhältnissen nicht verglichen werden kann. Der Waldenburger Bergbau war in jener Zeit noch sehr primitiv, der Oberhause Maltsch noch in den Anfängen.

Unter diesen Umständen bedeutete der Bau der Kohlenstraße Freiberg-Maltsch für damalige Verhältnisse eine große Sache, und es beschäftigte das öffentliche Interesse jener Zeit wohl kaum weniger, als man sich heute für die Reichsautobahn interessiert. Die Verlobung von Waldenburger Kohle in Maltsch begann schon im Jahre 1769, jedoch kam damals, wie die Maltscher Chronik berichtet, nur vornehmend wenig Kohle an die Ober. Die Wege vom Waldenburger Bergland zur

Ober waren in einem Zustande, der es sich brach, daß so manche Kohlenfuhrer unterwegs liegen blieb. Der Maltscher Kohlenhandel und damit die Rahnverladung der Waldenburger Kohle kam erst in lebhafteren Gang, als Friedrich der Große im Jahre 1777 den Kurfürstlich-Sächsischen Bergbauplatzen Schrn. von Heinitz zum Heit des Preußischen Berg- und Hüttendepartements (Berlin) ernannte. Er und sein sächsischer Mitarbeiter, der Oberbergschürfer Hr. von Reben, waren die großen Förderer des gesamten sächsischen Bergbaus. Heinitz erkannte alsbald, daß der Waldenburger Kohlenbergbau ohne bessere Straßenverbindung zur Ober nicht florieren könne. Aber der vielfach finanziell in Anspruch genommene König, der ihm über für das sächsische Straßenfest schon sehr viel getan hatte, glaubte dem Bau einer Kohlenstraßenstraße Waldenburg-Maltsch, wie Heinitz sie beantragte, nicht auf Staatskosten übernehmen zu können, so daß der Straßenbau schließlich vom Waldenburger Bergbau finanziert wurde. Er begann im Jahre 1780, im Waldenburger Jahre 1785. Im Jahre 1786 war die Straße zu etwa zwei Dritteln ausgebaht. 1787 wurde in Maltsch eine oberbergamtliche Kohlenniederlage eingerichtet, die von der Zuckrube in Weistritz, der längst eingegangenen Cempelsgrube in Altmostr, der Glückhüttengrube in Weistritz sowie von den Gruben in Jellhammer und Reußenhof beliefert wurde. Diese neue Straße wurde vom Volksmunde schon während ihres Baues „Kohlenstraße“ genannt und erhielt diesen Namen bis heutigen Tages. Der Bestimmungsort der in Maltsch verladenen Kohle war auf lange Zeit hinaus meist Berlin.

Hilfe für den Osten.

Neue Werbemaßnahmen für die ostmärkischen Stadttheater.
Wia die Reichsbahndirektion Ostern in Frankfurt a. O. Ober mittelt, gemährt die Reichsbahn für die kommende Spielzeit den auswärts Besuchen der Stadttheater Frankfurt a. O., Guben und Schneidemühl Fahrpreisermäßigung. Der Theaterbesuch muß durch einen Ausweis ausweisen werden, der durch die Bahrkartenausgabe der Abgangsbahnhöfe beim Vosen der Bahrkarten kostenlos ausgegeben wird. Dieser Ausweis muß bei Antrittnahme der Fahrpreisermäßigungen für die Rückreise mit einer Eintrittskarte der Quoten oder eines Sultscheins der RS-Kultur-gemeinde, sowie dem Stempel des Theaters versehen sein. Die Fahrpreisermäßigung beträgt 50 p. H. Der Preis der Eintrittskarte, während die Zuschläge für Ein- und Rückreise noch erhoben werden. Die Hinreise darf nicht über 12 Uhr erfolgen und die Rückreise muß spätestens vor 24 Uhr angetreten sein. Hierbei sind jedoch infolge ungenügender Zuglage einige spätere Züge freigegeben worden.

Für das Stadttheater Frankfurt a. O. sind nur die Orte an den Strecken von Frankfurt a. O. nach Reppen-Küstrin, Reuseln, Gramon-Beeskow und Vetschin zugelassen. Für Guben kommen diejenigen Orte in Frage, die an den Strecken von Guben nach Kietzenburg a. O., Sommerfeld, Forst und Großsen (Ober) gelegen sind. Für das Stadttheater Schneidemühl lie die obige Regelung vorerst nur für einen Monat verfahrensweise durchzuführen werden. An dieser Maßnahme sind lediglich die an den Strecken von Schneidemühl nach Kraus, Tirschau, Deutsch-Krone und Neu-Stettin gelegenen Orte beteiligt. Alle drei genannten Stadttheater genießen ihren auswärtsigen Besuchern bei Vorzeigung des Ausweises 25 p. H. Ermäßigung auf die Eintrittspreise.

Dauerernteernte in Marienburg.

Die im Rahmen des Erich-Roth-Planes erbaute Milchcondensationsfabrik in Marienburg ist unter dem Namen „Ostdeutsche Dauerernteernte G. m. b. H. Marienburg Welter“ dieser Gage in Betrieb genommen worden. Die Errichtung dieses Betriebes wird für die ostpreussische Landwirtschaft auf dem Gebiet der Milchherstellung eine erhebliche Erleichterung bringen. Abgangsbau wurde während der letzten Jahre in immer größer werdendem Umfang Milch zur Köchselfertigung vermerkt. Die ostpreussische Käseproduktion hat aber bereits einen beträchtlichen Umfang angenommen, daß diese Erzeugung teilweise keine Käufer mehr zu annehmbaren Preisen fanden und die Käseherstellung unwirtschaftlich wurde. Die Verarbeitung der Milch zu Dauer- und Crockenmilch gewährleistet einmal die häufige Abnahme und wirtschaftliche Verwertung der Milch zu regulären Preisen und löst dabei gleichzeitig das so schwierige Problem der Magermilchverwertung. Neben der Entlastung der Käseproduktion von Milchmengen, die bisher nicht mehr rentabel verwertet werden konnten, und der häufigen Sicherung eines auskömmlichen Milchpreises für die Landwirte wird gleichzeitig eine weitere, heute so bedeutsame Unabhängigkeit von der Einfuhr von Crockenmilch und Kakaoernte erreicht.

Berliner-Ausstellung in Berlin.

Die Staatliche Berliner-Manufaktur Kollberg-Berger stellt vom 29. Oktober bis 9. November im Columbushaus am Potsdamer Platz in Berlin eine Ausstellung „Die Gold- und Silberherstellung“ auf. Bei der Eröffnung der Ausstellung, die mit besonderer Unterstützung der Landesstelle Ostpreußen des Reichsministeriums für

Volksaufklärung und Propaganda durchgeführt wird, spricht der Oberpräsident von Ostpreußen, Gauleiter und Staatsrat Erich R. v. Kollberg historische Verhältnisse aus dem Besitz der Staatlichen Museen und die preisgekrönten Arbeiten des Versteinerungs-Wettbewerbes der Deutschen Gesellschaft für Goldschmelzkunst machen die Ausstellung, die ihren Weg dann weiter durch das Reich gehen wird, handlungs- und kulturgeschichtlich besonders bedeutend.

Schule für die bildenden Künste für Ostpreußen.

Mit Beginn des Wintersemesters ist die Kunstakademie Königsberg, die von einer der früheren Regierungen geschlossen worden war, zu neuem Leben erwacht. Professor Frick, der vom Führer eingeleitete Leiter der Meisterateliers, die damals beibehalten wurden, hat die neue neuorganisierte Kunstakademie zu einer Hochschule für die bildenden Künste für Ostpreußen ausbauen. Er selbst führt die Ateliers für Baukunst mit angehängtem Seminar für Landesplanung und Siedlungswesen. Ferner gibt es Ateliers für Landschaftsmalerei (Professor Barthel), Monumentalmalerei, Porträt und Glasarbeiten (Professor Burmann), Gebrauchsgrafik (Professor Marten), Graphik (Professor Dr. h. c. Wolff), Bildhauerei, Metallplastik und Versteinerungsarbeitung (Professor Wisse) und Bühnenkunst (Dr. Veffler).

Aufzug zum zweiten Offenerfest.

Der Reichsführer der Deutschen Studentenschaft, Andreas Feickert, erläßt einen Aufzug zum zweiten Offenerfest, in dem es heißt: „Der Osten ist für uns keine Angelegenheit von romantischen Wanderfahrten oder patriotischen Beteuerungen, sondern er ist für uns eine entbehrende Möglichkeit, unsere junge Mannschaft dort, wo es Aufgaben, Schwierigkeiten und Anforderungen gibt, einzuführen und sie in diesem Einsatz zu erproben. Schneller als anderswo werden im Osten die Anforderungen aber auch anderswo können sich im Osten eigenwillige und starke Kräfte entfalten. Deshalb rufen wir zum Offenerfest auf, deshalb verpflichten wir gerade die besten Kräfte.“ und nur die besten Kräfte — zum Studium an einer Ostpreussischen.“

Vöns-Denkmal bei Deutsch-Krone.

Der Freiwillige Arbeitsdienst hat bei Deutsch-Krone ein Vöns-Denkmal geschaffen. Es besteht aus einem 120 Zentner schweren Findling, der am Waldrand der Segemühler Tischen, wo sich der Dichter in seiner Deutsch-Kroner Jugendzeit gerne aufhielt, aufgestellt worden ist. In idyllischer Lage ist das Mal weithin sichtbar, da es direkt an der großen Durchgangsstraße Berlin-Königsberg liegt. Es wird also auch die aus dem Reich kommenden Ostpreußenfahrer an die viel zu wenig bekannte Landschaft erinnern, daß Hermann Vöns in Deutsch-Krone, wo sein Vater Oberlehrer am Gymnasium war, seine gesamte Schulzeit bis zum Abitur verbracht hat.

Unverzüglich müssen Neubestellungen auf unser Ostland für November-Dezember

aufgegeben werden. — Bei später erfolgten Bestellungen ist eine Sondergebühr von 20 Pf. zu zahlen. Der Bezugspreis für zwei Monate beträgt 1.— W. (ohne Zustellungsgebühr)

Sowjet-Literatur.

Im „Kurier Warschawski“ veröffentlichte der „Senk“ die ständige Feuilletonistin des Blattes unter der obigen Überschrift folgende Humoreske:

Die Sowjet-Schriftsteller Siebenšwanj (Semeničmolton), Dummerjahn (Šupšičkin) und Miška (Joa) Klapkin erzielten den Auftrag, die Beschreibung eines Sonnenanfauges zu verfassen. Die beste Arbeit sollte in den Sowjetischen Aufnahme finden.

„Aber aufgehört!“ schrie ihnen der Parteiführer Boris Wlassow Kommunisten streng ein. „Daß mir in euren Beschreibungen keine Reminiszenzen an das verrottete Bourgeoisium vorkommen! Wenn ihr den Sonnenanfaug schildert, dann schreibt so, daß daraus proletarische Lebenskraft nur so aufschäumt.“

„Böhhö! Genosse Chef!“

„Und dann erinnere ich euch noch daran, daß mit keiner von euch etwa altmögliche, banale Vergleiche noch Metaphern gebraucht. Bourgeois-Verwandungen, wie Gold, Silber und Diamanten, Cooperien auf den Wäldern, Regenbogen, Düfte, Wohlgerüche aller Art und anderen poetischen Zielfas — den überhört gefälligst den Schriftstellern des faulen Westens. Ihr aber, meine Freunde, sollt das Thema original, mit Selbstschärfe und schneidig behandeln, wie es sich für überzeugungstreue Kommunisten gehört.“

„Böhhö!“

+

Siebenšwanj und Dummerjahn waren Schriftsteller in Gie und kamen überein, den Auftrag gemeinschaftlich auszuführen. Sie machten sich also an die Arbeit, schrieben einen ganzen Tag, zwei Tage, schließlich eine Woche — doch aus dem „Sonnenanfaug“ wurde nichts Rechtes. Kaum hatten sie geschrieben „Die Sonne erhob sich über dem Wald“, so verfuhrte sie gleich der bourgeoise Teufel, und sie gerieten, wie sie selbst wohl merken, auf Irrwege und ergingen sich in gefährlichen Vergleichen. Siebenšwanj schrieb „und streute unzählige Diamanten aus“, griff sich an den Kopf und strich es schlaunig nieder aus. Dummerjahn malte in kalligraphischen Wäldchen bin „und übergoß die ganze Landschaft mit Gold“, doch sofort fuhr er zusammen, yerich das Manuskript in kleine Stücke und ließ das, was ihm auf die Sauf gefiel.

„Es wird nichts Rechtes!“

+

Miška Klapkin schrieb und schrieb immerhin, daß es nur so stiebte. Als er fertig war, wuschte er den Federball an seinen Haaren ab, rieb sich die Hände, lachte fröhlich auf und begann ungeheuer selbstzufrieden sein eigenes Opus laut zu lesen.

Der „Sonnenanfaug“ des talentvollen Miška Klapkin hatte folgenden Wortlaut:

„Wie ein Vorkontrollrat, der prächtig ausgeschlofen, mit einem Fußtritt das Stalltor aufstößt und ins Freie geht, indem er die Hofen hochzieht und läßt, lustig fludend, auf den Weg macht — so ging die Sonne auf, gesund und rot wie die Revolution. Ging auf, trante und freude sich, prante gemotig und gab der Nacht ein aufsteigendes Licht, sieh sie sich zurück, in ein verpörrisches Bourgeois. Von Sekunde zu Sekunde herrlicher werdend, ergoß sie sich darauf am Horizont immer breiter und breiter, wie die materialistische Geschichtsanschaffung, und spuckte von oben auf die alte, verfallene Kuppel der Feilkröche — das lehrte überlebensfähig einer morschen Lebensform. Die Sonne stieg immer höher empor und begann jetzt neugierig in die Pferde- und Viehställe des Kolchos zu blicken, in denen schönes, wohlgenährtes Vieh stand, flinke Pferde und Kühe, die Milch mit mehr als vier dem Hundert Fettgehalt gaben; sie schaute in die Schweinefalle hinein, wo zum Nuzen des Proletariats und des Kolchos prächtige Milchschweine gemästet wurden, die mit ihren Nüsseln an die vorflüchtigen Engländer erinnerten, aber sojial aufgeklärt genug waren, um ihren Bacon gern zur Stützung des Übernormkurzes für die Auswärts herzugeben. Die Sonne schaute in die Hühnerställe, wo zu demselben Zweck Kaffelbühner nach dem von Genosin Šep (neues Sowjetrussisches Wort, verkürzt aus Spezialist, Fachmann) Gafra Jwanowna Pietuchowa (Hohn) für sie aufgestellten Plan Eier legten. Die Sonne blickte in die Hebekammer, wo schlankbeinige, blaunäugige, klaffenbeinige Mädchen mit heller Stimme revolutionäre Liebeslieder sang. Die Sonne schaute auf die mit Kainit, Salpeter und Superphosphat gedüngten Felder, schließlich küßte sie einen praktischen Eraktor, der am Wege stand. Besonders gefiel ihr der Sog Miška Jolichmolton, ein Bauernsohn und baurepräsentierender Kommunist. Und als dieser Miška, nachdem er sich die Haare mit der vorgeschriebenen Dosis Xrimusol gewaschen, sich für eine Versammlung, die an diesem Tage im Kolchos stattfinden sollte, schon gemacht und gekümmert hatte, erhob sich die Sonne ganz hoch, und aus dieser Höhe sprack sie nochmals stolz wie die U. S. S. R. auf die Kirche und trachte sie liebesollend über das Dach der Reichserhaltung. Und rot und leuchtend wie ein Samowar machte sie sich daran, das Reifen des Sowjetmenschen und -rossens zu beschleunigen und flämmte in der Atmosphäre einen Sonnenhimmus auf die Elektrifizierung an.“

Das Opus Miška Klapkins erhielt den ersten Preis und fand Aufnahme in die Schullektüre. Und der Verfasser dieser ausgezeichneten Arbeit bekam einen doppelten Teil des Lebensmittels (Berechtigter Übertrag aus dem Polnischen von Dr. Wilhelm Christiani-Berlin.)

Buchbesprechungen.

Neue biographische Werke. Ein trefflicher Gedanke des Verlegers C. Coleman, eine Reihe von knappen, jeweils etwa 50 bis 60 Seiten umfassenden Biographien herauszubringen. An ihnen kann bei jeder der behandelten Persönlichkeiten alles Wesentliche gesagt werden. Stets ist die Grundlage eine sachwissenschaftliche, und die Angabe von Quellen ermöglicht dem Leser ein Weiterforschen und Fortlesen. **Im Oldenzeitze** fassen besonders die Bücher über die Otkolonatoren Heinrich den Römern (von Dr. Jacobs) und Friedrich den Großen (von Prof. Dr. Haake), über Hindenburg (von Generalleutnant Karl v. Schob) oder über den Organist von Pölns, Marcial Pillaowski (von St. v. Verhan). Dann finden wir Werke über den schlesischen Dichter Herbert Hauptmann (von Dr. Friz Andres, dem Herausgeber der Sammlung) oder über den allerlei Mythik und Abenteuerium umgebenen Kallen Kasputin, dessen „Heiligen“-Legende Dr. Koepel unambargierig restoriert, indem er den satanischen Salsmög dieses Wunders und Verführers aufweist. In das Geistesleben des letzten Jahrhunderts führen die Biographien des Meisters Eckhart (von Lic. Schmidt), eines Franz von Assisi (von Dr. Bernhart), Ulrich von Hutten, der ein bewährter Freiheitskämpfer in großer Wandelzeit war (von Dr. Graf v. Stolberg-Wernigerode), Friedrich Rücke, der heute eine ganz andere Wertung erfährt als noch vor einigen Jahren (von Prof. Dr. Hofmiller). Eine Anzahl politisch-historischer und zeitgeschichtlicher Hefte vermittelt ein lebendiges Anschauen von Persönlichkeiten wie Maria Chersia, der Gegenpapstlerin des Alten Fritz (von Carl Warkhardt), Wilhelm II., der durch Graf v. Stolberg-Wernigerode eine Beurteilung nach seinen positiven wie negativen Seiten erfährt, Schlageter (von Prof. Dr. Wenhke), Müllers (von Kurt Kornicker) und Adolf Hitler, den aus „Die Philipp Döbler in seiner menschlichen und selbstbildlichen Bedeutung nebenher“. Die Sammlung, deren Einzelhefte nur 60 Pf. kosten, bedeutet eine Bereicherung unseres Schrifttums; verschiedene Biographien sind schon in mehreren Auflagen erschienen.

Vom inneren Leben und Erleben. In das Urringen von Gemalten, in den Kampf der vorzeitlichen Störwetter mit einer neuen Kraft, dem Christentum, führt Friedrich Alfred Schmid-Woer in dem Roman „Frau Perchtas Ususog“. (Paul List, Verlag, Leipzig.) Hier wird Mythos lebendig, hier fühlen wir das Weben und Wirken

geheimer, nie erstorbener deutscher Seelenkräfte. Das Buch wurde, mit Recht, preisgekrönt. **Agnes Miegel.** die Optrufen, die große Dichterin unseres Otklandes, fast 8 Erzählungen unter dem Titel „Gang durch die Dämmerung“ zusammen. Auch hier malt das mythische Geheimnis, und Stunden werden gestaltet, in denen das Ewige hineinreicht in die Zeit. Doch wie könnte es anders sein bei Agnes Miegel? Das letzte Wort des Wäldchens heißt „Heimat!“ (C. Wiedersich, Jena, 3,40 RM.). — **Leben des Volkes** in Leben und Gruben, hartes Leben, mit aller äußeren, aber inneren Not, mit der Kindhaftigkeit und Verfallenszeit primitiver Menschen gibt Siny Silewitschus in dem Roman „M r m r S a u f e i“ (W. C. Horn, Breslau) Grabe bei dieser Dämmerheit, die der abstrakte Verfasser schildert, empfindet der Leser die Notwendigkeit, dem deutlichen Versein, dem Leib der „armen Teufel“ Freude zu geben und die Armutlichkeit zu überwinden, das Sein zu adeln. „Glück auf!“ Dies Wort der Grubenleute, oft wie ein Hohn klingend, soll Wirklichkeit werden im Dritten Reich! — Ein Kriegsbuch von Hans Kubh: „Das Leben in E d d“ (Gotht, Paderborn, Darmstadt, 2,85 RM.) formt aus dem Schauer der Hölle, aus Verderbruch und Tod den neuen Glauben an das Leben, an den unerschöpfbaren Geiß Deutschlands, das Volk Wunders und Lichtes, Schillers und Goethes. Das das geistige Deutschland sich findet, ist der Wäldchens, der für uns Frieden, Es ist auch der Wäldchens der Gedanken — nur daß wir wissen, daß sich das geistige Deutschland aufbauen muß auf dem Grunde einer Kraft, die das Reich im Innern und nach außen groß und stark und „hoch in Ehren“ baut. Dr. C.

Ein Grenzlandroman. Durch die Veröffentlichung des Romans „Sturm auf den Ring“ von Michael Fern hat unser Otkland eine ganz weltliche Bereicherung erfahren. Denn das Buch führt in eine Wäldchens, die sonst kaum beobachtet wird: in jene Jahrhunderte, da monotheistische Völker gegen den Ring stürmen, den das Sermonentum zum Schutz nach den Offen im Donauraum schuf. Es mag das 8. Jahrhundert sein, in dem noch der Zauber und die Kraft altdeutscher Jugendlichkeit spürbar ist. Fesselnde Schicksale — immer zugleich menschlich und heilisch — ergeben eine packende Handlung. Der Schließens-Verlag, Berlin SW 11, hat sich durch die Herausgabe dieses auch dichterisch hochstehenden Werkes ein Verdienst erworben. (3,50 RM.)

Dr. C.

Verlag: **Neue Deutsche Osten C. W.**, Berlin SW 30, Mohrstraße 46 — Fernruf: B 5 Barbarossa 0014 — **Vollstedt**: Berlin G 6 3 3 9. **Verantwortlich für die Schriftleitung:** Dr. Otto Kriebel, Berlin-Triedenau — **Druck:** Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW. — **J. v. M. a.**